

Divergenz oder Komplementarität?

Entwicklungslinien des Zukünftigen sicherheitspolitischen Verhältnisses zwischen Europa und den USA

1. Einleitung

In der Übergangsperiode der neunziger Jahre sind im Zuge des Paradigmenwechsels in den internationalen Beziehungen auch die drei tragenden Säulen der transatlantischen Beziehungen, nämlich die Wirtschaft, die gemeinsame Interpretation politischer Grundwerte sowie die Sicherheitspolitik zunehmend in Bewegung geraten. Je mehr die Vereinigten Staaten ihre Bedeutung als Protektor der europäischen Integration verlieren, desto größeres Gewicht gewinnen wirtschaftliche Konkurrenz und divergierende politische Wertvorstellungen. Eine konstruktive gemeinsame weltpolitische Gestaltungsagenda konnte seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr entwickelt werden. Im Gegenteil: Im Gefolge des Irak-Krieges traten die transatlantischen Kontroversen offen zu Tage und die Widersprüche zwischen den Vereinigten Staaten und einigen europäischen Ländern konnten erstmalig nicht mehr in den etablierten Konsultationsforen und Abstimmungsprozessen kalmiert werden. In der folgenden Studie sollen nun die Außen- und Sicherheitspolitiken der Vereinigten Staaten und Europas unter besonderer Berücksichtigung der aktuellsten Entwicklungen seit dem Ende des Irak-Krieges dargestellt und ausgehend von diesem Statusbefund das politisch zweckrationalste Entwicklungsszenario skizziert werden.

Obwohl eine wirkliche gemeinsame Europäische Sicherheitspolitik weiterhin eher eine Zielvorstellung als eine Zustandsbeschreibung ist, wird in der Analyse ein europäischer Argumentationsstandpunkt eingenommen, der eine stärkere sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas fordert. Ein Mehr an Europa in der internationalen Sicherheitspolitik läge im ureigensten Interesse der Europäer und würde gleichzeitig zu einer Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft beitragen, die zunehmend unter der mangelnden europäischen Handlungsfähigkeit gelitten hat. Eine solche Entwicklung erscheint politisch und militärisch machbar zu sein, wenn die Europäer einen eigenständigen internationalen Akteursstatus auch wirklich anstreben.

Da die größten Defizite in den transatlantischen Beziehungen der Unilateralismus der USA und die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Europäer sind, liegen die notwendigen Maßnahmen auf der Hand: Die Vereinigten Staaten sollten auch auf Grund der Erfahrung bei der Nachkriegsstabilisierung des Irak erkannt haben, dass internationale Bindungen beziehungsweise Selbstbindung den eigenen Interessen nicht unzutraglich, sondern die nationalen Interessen einer Weltmacht in einer globalisierten Welt langfristig nur mit Partnern realisierbar sind. Die Europäer sollten ihrerseits zu der Erkenntnis gekommen sein, dass sie ohne eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die durch glaubwürdige militärische Fähigkeiten abgesichert ist, in der Weltpolitik weiterhin marginalisiert bleiben

und somit auch in Krisen, die die europäischen Interessen unmittelbar berühren, ohne adäquate Mitgestaltungsmöglichkeiten bleiben. Der Irak-Krieg machte offensichtlich, dass nationale europäische Alleingänge kein Ersatz für eine gesamteuropäische Politik sind. Die Europäische Union bleibt in Fragen der internationalen Sicherheit so lange fremdbestimmt und ohne Einfluss auf militärische Gewaltanwendung selbst in für sie strategisch vitalen Regionen, als sie keine Integrationsfortschritte im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik erzielt. Langfristig ist ein starker europäischer Partner auch im Interesse der USA. Eine „Spaltungsstrategie“ der Vereinigten Staaten gegenüber der Europäischen Union würde nicht nur die von Europa leistbaren Beiträge im Rahmen einer transatlantischen Lastenteilung einschränken, sondern auch die Gefahr einer gegen die Vereinigten Staaten ausgerichteten „Kerneuropa“-Bildung heraufbeschwören. Jedoch bleiben die USA schon auf Grund ihres internationalen Gewichts der Schlüssel für die Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen.

Eine größere politische Eigenständigkeit Europas und eine Schwergewichtsverlagerung der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik sind zwei logische Entwicklungen nach dem Ende der bipolaren Ordnung. Eine kluge und kooperative Handhabung dieses Prozesses ist jedoch eine der zentralen politischen Herausforderungen der Gegenwart. Der europäische Integrationsprozess ist eine Reaktion auf die Phänomene der Globalisierung und die Politik der einzig verbliebenen Weltmacht USA. Die geopolitischen Realitäten sprechen für eine Neudefinition der transatlantischen Beziehungen, die den geänderten Umständen Rechnung trägt und die Voraussetzung dafür schafft, dass Europa und die USA auch in Zukunft eine Achse globaler Stabilität bilden können.

Auch wenn eine präzise Prognose der zukünftigen Weltordnung und der internationalen Machtverteilung in einer Perspektive von dreißig Jahren nicht erstellt werden kann (Vgl. Kästner 2004, 4f.), so ist den meisten sicherheitspolitischen Trendanalysen gemeinsam, dass es zur Herausbildung einer multipolaren Weltordnung kommen wird (Reiter 2003, 21–35). Eine absolute Sicherheit, welche die regional bestimmenden Mächte sein werden, gibt es nicht. Die USA sind als aktuell einzige Weltmacht mit einer Fähigkeit zur globalen Machtprojektion insbesondere im militärischen Bereich mit hoher Wahrscheinlichkeit ein wesentlicher Pol auch in der neuen Weltordnung, wobei aber die Fragen offen bleiben, für welches Maß an internationaler Ordnung und Stabilität die USA sorgen können und welchen Rückhalt eine interventionistische Außenpolitik in der amerikanischen Gesellschaft langfristig haben kann. (Vgl. Emmot 2003, 71ff)

Ein multipolar ausgerichtetes internationales System kann grundsätzlich antagonistisch oder kooperativ angelegt sein. Aus der Sicht Europas wäre eine kooperative Ordnung jedenfalls vorteilhafter, weil diese sowohl der europäischen Identität, den wirtschaftlichen Erfordernissen wie auch der europäischen Sicherheit am weitesten entgegenkommen würde. Der entscheidendste Faktor der zukünftigen weltpolitischen Konstellation sind die Vereinigten Staaten, die aber unter der Administration Bush ein multipolares System ablehnen, weil sie ihre nationale Sicherheit besser in einer unipolaren Ordnung gewährleistet sehen. Trotz der politischen Spannungen bleiben die USA und Europa insbesondere in Anbetracht der globalen sicherheitspolitischen Entwicklungen aufeinander angewiesene Partner, die gemeinsame Werte und Interessen teilen und durch ein rund 2000 Milliarden US-Dollar (im Jahr 2002) umfassendes transatlantisches Handels- und Transfervolumen auch in Zukunft aufeinander angewiesen sein werden. Zu dieser strategischen Partnerschaft gibt es keine realen Alternativen und keinen gleichwertigen Ersatz. Den Europäern kommt als gewichtigster und damit potenziell einflußreichster Partner der USA bei der Herausbildung einer kooperativen Multipolarität eine zentrale Rolle zu. Dazu gehört auch

die Verbesserung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Europas. Bekanntlich sind die Versuche in den neunziger Jahren, die europäischen militärischen Kapazitäten im Rahmen der NATO zu verbessern, gescheitert, der Abstand zu den USA hat sich vielmehr drastisch vergrößert. Aktuell können zwei neue Ansätze beobachtet werden, um die militärische Leistungsfähigkeit Europas anzuheben. Zum einen wurde im Rahmen der EU 1999 das Projekt des Aufbaus einer mittleren Interventionsfähigkeit globaler Reichweite initiiert (Helsinki Headline Goal: 60 000 Mann, in 60 Tagen einsatzbereit), zum anderen wurde im Kontext der NATO in tendenzieller Konkurrenz dazu im Jahr 2001 die Errichtung einer NATO Rapid Response Force (NRF) beschlossen. Der Umstand, dass die Fragen nach dem Ausmaß der Realisierung dieser Projekte und der Harmonisierung der NATO- und EU-Anstrengungen noch weitgehend offen sind, ist ein zentrales Charakteristikum der aktuellen sicherheitspolitischen Lage Europas. Langfristig sind die militärischen Fähigkeiten, die Europa benötigt, nicht aus dem direkten Vergleich mit beziehungsweise einer Konkurrenz zu den USA abzuleiten, sondern vielmehr eine Funktion, die sich aus der zukünftigen globalen Rolle/Mission Europas ergibt.

Dass die Europäische Union zu einer der gestaltenden Mächte in einer multipolaren Weltordnung werden kann, ist nicht garantiert (Kästner 2004, 4). Die Entwicklung der EU zu einem gewichtigen politischen Akteur hängt ab von der Tiefe der erzielten politischen Integration, dem Umfang der Erweiterung, der politischen und militärischen Identität und den daraus abgeleiteten zivilen und militärischen Fähigkeiten für externe Wirksamkeit und Gestaltungspolitik. Wichtige Weichen in diese Richtung konnten insbesondere mit der Wirtschafts- und Währungsunion, der Ost-Erweiterung, dem (noch nicht beschlossenen) Verfassungsvertrag, der (erstmaligen) Verabschiedung einer Europäischen Sicherheitsstrategie sowie den institutionellen und operativen Entwicklungen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gestellt werden. Dieser Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen und bedarf noch erheblicher Anstrengungen, wenn die EU nicht eine „weltpolitisch unbedeutende ständige Flickschusterei mit paradoxerweise zugleich großen Überlebenschancen“ (Emmot 2003, 154) bleiben soll.

Die transatlantischen Beziehungen befinden sich also in einer Übergangsphase und müssen auf ein neues Fundament gesetzt werden, wobei offen ist, inwieweit und in welchen Bereichen Asymmetrien bei den militärischen Fähigkeiten reduziert werden müssen.

Ein kooperatives multipolares Ordnungsmodell ist an bestimmte sicherheitspolitische und militärische Voraussetzungen gebunden, die sich am prägnantesten mit dem Begriff „Komplementarität“ umschreiben lassen. Militärisch bedeutet Komplementarität in den transatlantischen Beziehungen nicht, dass die USA die Kampfeinsätze eventuell im Rahmen einer Ad-hoc-Koalition von Willigen durchführen und die Europäer die langfristigen Wiederaufbauarbeiten leisten, aber keinen politisch gestaltenden Einfluss geltend machen können. Vielmehr verbietet allein das Gewicht, das der EU im internationalen System zukommt, einen solchen Ansatz. Trotz der Turbulenzen im Gefolge des Irak-Krieges scheint dieser komplementär-kooperative Ansatz in den transatlantischen Beziehungen zu Beginn des Jahres 2004 wieder mehr Raum einzunehmen. Er wird sich aber in den konkreten sicherheitspolitischen Herausforderungen bewähren müssen: Irak, Iran, Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen.

Nach dieser Skizzierung der allgemeinen Rahmenbedingungen werden im zweiten Kapitel die Vereinigten Staaten und Europa als unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzepten dargestellt. Im dritten Kapitel sollen zentrale Aspekte des globalstrategischen Handlungsrahmens, in den die transatlantischen Beziehungen

eingebettet sind, analysiert und im vierten Kapitel die militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten Europas und der USA gegenübergestellt werden. Im abschließenden Kapitel sollen die wichtigsten Thesen und die absehbare weitere Entwicklung sowie Inhalt und Voraussetzungen eines komplementären Entwicklungsszenarios angesprochen werden.

2. Die USA und die Europäische Union - zwei unterschiedliche sicherheitspolitische Akteure und Konzeptionen

Ein Vergleich der sicherheitspolitischen Konzeptionen muss zunächst von den Unterschieden der beiden politischen Systeme ausgehen. Die USA sind aktuell die „singuläre Weltführungsmacht“ und haben ein klares nationalstaatliches Sicherheits- und Interessenskonzept. Europa ist hingegen als differenziert integriertes politisches System mit primär regionaler Ausrichtung ein Akteur „sui generis“, dessen relatives internationales Gewicht bislang Ausdruck der unterschiedlichen nationalen Interessen seiner Mitgliedsstaaten und der zwischenstaatlichen Verfasstheit der Außen- und Sicherheitspolitik ist. Die Mitgliedsstaaten sind die zentralen Bezugsgrößen. Die sich entwickelnde europäische Identität versteht sich über weite Strecken von einem „postmodernen“ Weltbild her, das einen besonderen Wert auf Einhaltung des Völkerrechts, effizientes Funktionieren internationaler Organisationen und umfassend angelegte Sicherheitspolitik legt. Auf Grund der historischen Erfahrungen und der genuinen politischen Identität lehnen viele europäische Staaten traditionelle Macht- und Interessenspolitik und den Einsatz militärischer Mittel zur Gestaltung der internationalen Beziehungen ab. In der politischen Praxis hat dies zur Folge, dass es über einzelne nationale Interessenkonzeptionen bestimmter EU-Staaten und sehr abstrakt-allgemeine Festlegungen auf europäischer Ebene wie etwa im Artikel 11 des EU-Vertrages hinaus kaum konkrete europäische Interessensdefinitionen im klassisch-etatistischen Sinne gibt und vielleicht auch nicht geben kann. In der Praxis ergeben sich die „europäischen Interessen“ daher von Fall zu Fall als Verhandlungintegral nationaler Interessen der Mitglieder in Auseinandersetzung mit dem internationalen Umfeld, wobei eine Tendenz zur Abgrenzung von den Vereinigten Staaten zu bemerken ist. Der Einsatz militärischer Mittel im Rahmen der ESVP ist nicht primär zur Durchsetzung europäischer Ordnungs- und Gestaltungsinteressen vorgesehen, sondern für humanitäre Aufgaben und Einsätze im Dienste der Vereinten Nationen. Der Irak-Krieg vermittelte den Eindruck, dass das oberste Interesse in Paris und Berlin die Einhegung der USA im Wege der UNO und nicht eine nachhaltige Lösung der Irak-Frage sei. In Teilen der europäischen Öffentlichkeit ist das Misstrauen, dass die USA den Kampf gegen den Terrorismus für nationale machtpolitische Interessen benutzen könnte, größer als die Betroffenheit durch den Terror selbst. Im Interessenskonzept der USA hat Europa zwar generell an geostrategischer Bedeutung verloren. Europa bleibt aber auch zukünftig als „Sprungbrett“ für eurasische Ordnungspolitik, als Legimationsfaktor und als potenziell gewichtigster Verbündeter eine zentrale Bezugsgröße im strategischen Koordinatensystem der USA.

2.1 Die Vereinigten Staaten von Amerika

Die USA dominieren das internationale System auf der Grundlage einer unangefochtenen militärischen Stärke verbunden mit einem enormen technologischen Innovationspotenzial und einer respektablen ökonomischen Kraft. Stärke, Stabilität und Durchsetzungskraft, die den USA aus dem Status der „einzigen“ Weltmacht erwachsen, sind fundamentale Voraussetzung für internationale Geldflüsse und Investitionen, die für die US-Wirtschaft spätestens seit den neunziger Jahren eine vitale Bedeutung erhalten haben. Die militärische Dominanz wird von den USA in zunehmendem Maße als „Distanzwahrer“ gegenüber aufstrebenden regionalen und wirtschaftlichen Mächten angesehen und als „enabler“ der

globalen Vorherrschaft eingesetzt, das heißt das Militär soll als wesentliches Instrument für eine effizientere Ausnutzung sowohl eigener als auch alliierter militärischer und wirtschaftlicher Machtquellen dienen und zugleich potenziellen Gegnern den Zugang zu politischer, wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung verwehren. Trotz ihrer dominanten Stellung ist auch die Weltmacht USA in vielen Bereichen auf die Unterstützung von Partnerstaaten und das Funktionieren internationaler Organisationen angewiesen. Dies gilt selbst für den Bereich des Militärs, wo die Vereinigten Staaten insbesondere bei den langfristigen Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen die Europäer brauchen. So sind beispielsweise zu Beginn des Jahres 2004 von den insgesamt 31 aktiven Kampfbrigaden der US-Army 22 im Einsatz, was die strategische Handlungsfähigkeit der USA beschränkt.¹

Die Sicherheitspolitik der USA ist im Unterschied zu den meisten europäischen Staaten stark an feindlichen Mächten orientiert:

„The United States has a problem-solving, materialistic culture and without an enemy there is no problem to solve. American history is full of examples of its unwillingness and inability to organise its policy well until there is a specific threat. Watershed events in American history such as the 1941 attack on Pearl Harbor, the 1950 North Korean invasion of South Korea, the blockade of Berlin, the 1962 Cuba crisis and most recently, the September 11 attacks have had a catalysing effect on American society which mobilised political will to act decisively. European policymakers probably with the exception of the British, underestimate the effects of the events.“ (De Wijk 2003, 4f)

Die aktuelle Außenpolitik der Administration Bush folgt im Wesentlichen den Grundsätzen eines „offensiven Realismus“, dessen leitende Prinzipien sind: Je größer die eigene (insbesondere militärische) Überlegenheit, desto höher ist die Sicherheit, Machtdominanz statt Abschreckung, Absage an die klassische Rüstungskontrolle, offener Unilateralismus, Prävention und „proaktive“ Maßnahmen zur Sicherung der eigenen Interessen, Absage an einen multilateralen Institutionalismus und Bilateralisierung der Außenpolitik. Eine multipolare Weltordnung wird von der Administration Bush und den Neokonservativen als konfliktträchtiges Modell angesehen und daher abgelehnt (Vgl. Mearsheimer 2001, 29–55 und beispielsweise Condoleezza Rice: London, 2003). Von den alliierten Staaten wird eine Loyalität bis hin zur politischen Unterstützung von vorbeugenden militärischen Schlägen zur frühzeitigen Abwendung von letztlich als gegen alle demokratischen Staaten eingestuften Risiken erwartet. Der 11. September 2001 kann in der Retrospektive als Katalysator einer Entwicklung gesehen werden, die in ihren Grundzügen schon seit dem Ende des Kalten Krieges erkennbar war. In diesem Sinne hat sich ein Wechsel der Politik der USA gegenüber dem euro-atlantischen Raum schon länger abgezeichnet. Generell kann konstatiert werden, dass Europa an strategischer Bedeutung für die USA verloren hat. Nach dem Untergang des Kommunismus wird die Weltherrschaft nicht in Europa, sondern aus Sicht Washingtons vielmehr im „Südlichen Krisenbogen“ (Nordafrika – Naher und Mittlerer Osten – Zentralasien) sowie längerfristig in Ostasien entschieden (Vgl. Brzezinski 2000). Eine unmittelbare Folge dieser Entwicklung ist, dass die Europäer zunehmend auch für die militärischen Aspekte der Sicherheit in Europa und der Peripherie selbst sorgen müssen. Dennoch bleibt Europa das Sprungbrett für die eurasische Ordnungspolitik der Vereinigten Staaten (Vgl. Brzezinski 2001, 29–55).

¹ Vgl. <http://www.globalsecurity.org/military/ops/global-deployments.htm>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die „grand strategy“ der Regierung Bush an der These orientiert, dass die Vereinigten Staaten stark genug sind, um ihre nationalen Interessen auch im Alleingang zu wahren und das internationale System entsprechend der amerikanischen Prinzipien umgestalten zu können.² Als Weltmacht hätten die Vereinigten Staaten aber grundsätzlich ein breiteres Spektrum möglicher Strategie-Optionen zur Auswahl.

2.2 Optionen für eine US-Gesamtstrategie³

Graphik 1:

Skala möglicher Positionierungen einer US-amerikanischen Gesamtstrategie

ABGESCHIEDENHEIT

ENGAGEMENT

ISOLATIONISMUS

VORMACHTSTELLUNG

EINSCHRÄNKUNG

UNIPOLARITÄT



Strategie 1, „Einschränkung und Zurückhaltung“, bedeutet, die „Friedensdividende“ einzustreichen und vorrangig dringende Probleme im Inland zu lösen. Nachdem allerdings manche innenpolitische Themen auch von Vorgängen außerhalb des US-Territoriums abhängig sind, wird eine gewisse militärische Fähigkeit weiterhin benötigt (Gholz e.a. 1997, 200–243).

Strategie 2, „Einschränkung ohne Rückzug“, ähnelt der Strategie 1, betont aber stärker die Notwendigkeit der Erhaltung von Stabilität und der Nachhaltigkeit bei jenen Verpflichtungen in Übersee, wo amerikanische Interessen geschützt werden müssen (Art 1997, 51–98).

Strategie 4, die regionalen Schutz und Friedenssicherung betrifft, kommt dem „Off-shore Balancing“ nahe, geht aber schon eindeutig in die Richtung des idealistischen Ziels, die internationale Stabilität zu wahren. Militärische Interventionen sind hier bereits ein wichtiger Teil, da die Anwendung von Gewalt notwendig ist, um regionale Unruhen oder globale Instabilität vorab zu vermeiden. Dies geschieht, indem verhindert wird, dass Überschüsse in der wirtschaftlichen Produktion in militärische Fähigkeiten umgewandelt werden, die in der Zukunft die USA bedrohen könnten. Hierbei handelt es sich um eine

² Vgl dazu ausführlich: Project for the New American Century: Statement of Principles, Internet: www.newamericancentury.com.

³ Siehe dazu ausführlich: Frank/Labarre 2004.

Strategie, die eine Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern sucht, um gegen Schurkenstaaten, Proliferation und Protektionismus vorzugehen (Joffe 1997, 99–122).

Strategie 6, „Aufrechterhaltung der Unipolarität“, verlangt die Fähigkeit, Spannungen zwischen Wirtschaft und Sicherheitspolitik derart zu reduzieren, dass keine konfrontative Gleichgewichtspolitik ausgelöst wird. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Balance zwischen dem Wunsch, dem Streben nach der Vormachtstellung nachzugeben, auf der einen Seite und der öffentlichen Meinung auf der anderen Seite erhalten bleibt, da die breite Öffentlichkeit die Kosten einer ausgedehnten Präsenz in Übersee nicht tragen möchte (Mastanduno 1997, 123–162).

„Off-shore Balancing“ (Strategieoption 3) und „Nachhaltige Gestaltungspolitik“ (5) sind zwei komplexe Strategien, die großen Spielraum für Interpretation lassen und daher aus politischer Sicht besonders interessant sind. Das Besondere am „Off-shore Balancing“ ist, dass es zwar eine Art von Isolationspolitik darstellt, die aber dennoch die Möglichkeit einer Intervention zum Schutze des amerikanischen Primats offen lässt. Dieses Konzept ist zudem attraktiv, weil es nur auf den Schutz der essenziellen Interessen abzielt und von vornherein die Gefahr der Überforderung und Überdehnung der eigenen Kapazitäten ausschließt. Schließlich erlaubt diese Strategie, sich bei Bedarf aus Allianzen und bilateralen Abkommen sukzessive zurückzuziehen, wodurch ein bequemer Multipolarismus à la carte möglich wird (Layne 1997, 244–282).

Eine „Nachhaltige Gestaltungsstrategie“ ist politisch attraktiv, weil sie eine Verbindung zwischen der realpolitischen Verfolgung amerikanischer Interessen und einem idealistischen Weltbild herstellt und so die öffentliche Meinung anspricht. So kann aus Sicht der USA ein demokratischer Frieden geschaffen werden, ohne deshalb gleich in die Rolle eines Weltpolizisten zu fallen (Leprestre 1997, 72).

Das Zögern und die Unentschlossenheit der demokratischen Administration Clinton standen im direkten Zusammenhang mit der Unfähigkeit, die öffentliche Meinung eindeutig entweder in die Richtung eines Rückzugs oder aber in Richtung einer aktiven Beteiligung zu trimmen.

Diese Unentschlossenheit setzte sich auch nach der Amtsübernahme des Republikaners George W. Bush fort. Die ersten Monate seiner Präsidentschaft waren durch eine schwierige Wirtschaftslage gekennzeichnet, wobei der Abstieg bereits in den letzten Monaten der Administration Clinton begonnen hatte. Außenpolitik war zu diesem Zeitpunkt ein untergeordnetes Thema. Mit Ausnahme der Beziehungen zu Russland und der anhaltenden Unterstützung für die NATO-Erweiterung erhielten traditionelle internationale Aufgabenfelder wie etwa der Nahost Friedensprozess wenig Aufmerksamkeit. Erst die Ereignisse des 11. September 2001 bewirkten eine neue außenpolitische Aktivität, die sowohl Merkmale des „Off-shore Balancing“ und der „Nachhaltigen Gestaltung“ des internationalen Umfeldes in sich vereinte.

Die „Nachhaltige Gestaltung“ versucht, auf bestehenden institutionellen Grundelementen aufzubauen, indem langfristiges US-Engagement mit Transformationsstrategien kombiniert werden (Ebd., 195)⁴.

Im „Off-shore Balancing“ wird eine abgeschottete wirtschaftliche Haltung eingenommen, indem die Abhängigkeit von Produkten und Märkten aus Übersee minimiert wird. Die geographische Lage der USA bietet in dieser Hinsicht einen zusätzlichen Vorteil, da sie die politische und sicherheitspolitische Abgeschiedenheit begünstigt. Dieser Ansatz tendiert dazu, den schützenden Schirm der Abschreckung zurückzuziehen und den alliierten Staaten die Aufgabe der Selbstverteidigung zu überlassen. Einzig vitale Interessen sind Grund genug, um dafür zu kämpfen, und nur diese bestimmen politische und militärische Verbindlichkeiten (im Gegensatz zu der Sicht, dass Glaubwürdigkeit Verbindlichkeiten bestimmt und Verbindlichkeiten in weiterer Folge Interessen bestimmen) (Mastanduno 1997, 273). Diese Position geht das Risiko der Abkoppelung ein, da die völlige Entscheidungsfreiheit, ob man sich in wirtschaftliche oder politische Entwicklungen einbringen möchte, zu Lasten von Institutionen und permanenten Partnerschaften geht (Ebd., 274). Die Macht der Vereinigten Staaten wird insbesondere eingesetzt, um die Entstehung von regionalen Hegemoniemächten zu verhindern (Ebd., 275).

2.3 Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA (NSS) geht von einer dominanten politischen und militärischen Stärke aus und hat als oberste strategische Zielsetzung konsequenterweise die frühzeitige und präventive Verhinderung einer Schwächung dieser Position. Der nachhaltigen politischen Umgestaltung der Region „Greater Middle East“ kommt dabei im Hinblick auf den Kampf gegen den Terrorismus, die Sicherstellung wichtiger Ressourcen und die Schaffung günstiger geostrategischer Voraussetzungen zur frühzeitigen Eindämmung des „near-competitor“ China eine vorrangige Bedeutung zu. Die USA gibt sich mit der neuen Nationalen Sicherheitsdoktrin vom September 2002 in der Außen- und Sicherheitspolitik Prioritäten, die unter Marginalisierung von Völkerrecht und VN verfolgt werden. Im Rahmen des verstärkten Anspruchs auf globale Vorherrschaft und gemäß den Hauptanliegen der Bush-Administration (Trias: Erhöhung der Erdölimporte, Kampf gegen den Terrorismus, Modernisierung und Erweiterung des militärischen Potenzials der USA) sind folgende Ziele festgemacht: Die Herstellung von Unverwundbarkeit der US-Militärmacht, um die Hegemonie zu sichern, die Weiterführung des National Missile Defence (NMD)-Programmes, die Erreichung einer nicht aufzuholenden Überlegenheit des Militärs auf dem Gebiet der Hightech-Waffen und die Steigerung der schnellen Verlegbarkeit von Kräften überall in die Welt (power projection). Wesentlich ist allerdings die Formulierung der Möglichkeit von „vorbeugendem Streitkräfteeinsatz“ (preemptive strike), was in Bezug auf die Charta der VN problematisch ist.

Die Vereinigten Staaten, die sich im „war against terror“ sehen, beanspruchen für sich einen permanenten Ausnahmezustand gegenüber dem Internationalen System, dem Völkerrecht und den internationalen Institutionen. Die NSS ist getragen vom Willen, keinen auch nur annähernd gleich starken staatlichen Akteur aufkommen zu lassen und sich gegen Bedrohungen durch „Schurkenstaaten“ und nicht-staatliche Akteure nicht mit einer als

⁴ Die Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der EU, und vor allem der Aspekt der ESVP entspricht dieser Sicht und auch der Tatsache, dass sie nur komplementär zur NATO bestehen kann.

wirkungslos erachteten Abschreckung oder einer reaktiven Sicherheitspolitik, sondern vorbeugend zur Wehr zu setzen. Für diese Zwecke sollen auch die als notwendig erachteten finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Trotz zahlreicher Verweise auf Allianzen, Partnerschaften, liberale Werte sowie auf ökonomische Entwicklungen werden die ältesten und mächtigsten Verbündeten der USA – die Europäer – in dem Dokument kaum erwähnt.

Eine besondere Brisanz erhält die Präventionsstrategie der NSS, wenn sie gemeinsam mit der Nuklearstrategie der USA (Nuclear Posture Review) gelesen wird. Die neue Nuklearstrategie der USA betont die Flexibilität der Atomstreitmacht und die Strategie des Erstschlages auch gegen Bedrohungen nicht-nuklearer Art. Das Flexibilitätsprinzip impliziert, dass zwar die Anzahl der aktivierten und einsetzbaren Atomsprengköpfe reduziert, die Reaktivierungsmöglichkeit aber aufrecht erhalten wird. Da die „First-Strike“-Drohung auch gegen atomwaffenfreie Staaten gerichtet ist, kann die Nuklearstrategie auch als Verstoß gegen die negative Sicherheitsgarantie des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages interpretiert werden, die den nicht nuklear bewaffneten Staaten garantiert, im Austausch für ihren Verzicht auf die Entwicklung von Atomwaffen nicht mit Nuklearwaffen angegriffen zu werden. Durch die Entwicklung von sogenannten „Mini nukes“ soll⁵ bei verringertem radioaktiven Niederschlag eine punktgenaue Bekämpfung von Kleinzielen ermöglicht werden (Vgl. Jasper 2002, 4f). Damit könnte die militärische Präventivstrategie eine denkbare Option werden.

2.4 Die NATO – Transmissionsriemen transatlantischer Sicherheitspolitik?

Trotz der schwindenden Bedeutung der klassischen Verteidigungsfunktion und der kontroversiell geführten Diskussionen sowie der unterschiedlichen Prognosen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der NATO stehen einige zentrale Aspekte außer Diskussion: Die NATO ist für Europa auch auf absehbare Zeit das Fundament der europäischen Sicherheit gegenüber Russland, Nordafrika und dem Mittleren Osten. Die politische Einflussosphäre der Allianz hat durch die Erweiterungsrounden und die Operationen am Balkan zugenommen und reicht heute im Süden von der Adria bis zum Schwarzen Meer. Darüber hinaus entwickelt die NATO durch die Führung des Stabilisierungseinsatzes in Afghanistan und möglicherweise im Irak⁶ sowie durch eine Intensivierung ihrer sicherheitspolitischen Aktivitäten in der Mittelmeerregion, im Kaukasus und in Zentralasien zunehmend Gestaltungsambitionen jenseits des Vertragsgebietes. Diese Erweiterung des geostrategischen Interessens- und Wirkungsraumes erfolgt vor allem auf Drängen der USA.

Die Vereinigten Staaten verfolgen unterstützt von einigen anderen Mitgliedsstaaten den Ansatz, die NATO auch hinsichtlich ihrer Funktionalität zu erweitern und zu einer umfassenden Sicherheitsgemeinschaft zu entwickeln, die sich mit den neuen Sicherheitsrisiken insbesondere im Kampf gegen den Terrorismus, in der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in der Raketenabwehr, im Zivilschutz sowie in der Grenzsicherung und im „Institutionbuilding“ auseinandersetzen soll.

Diesen neuen Funktionalitäten stehen aber massive operative Einschränkungen gegenüber, die sich vor allem aus dem Umstand ergeben, dass der „usability“-Grad der europäischen NATO-Streitkräfte im Vergleich zu den neuen Aufgaben zu gering ist. So können derzeit

⁵ Es gibt noch keinen offiziellen politischen Beschluss.

⁶ Ein verstärktes Engagement der NATO scheint nur mehr eine Frage der Zeit zu sein, weil bereits heute 18 der 26 NATO-Staaten im Irak engagiert sind.

von insgesamt rund 1,4 Millionen Soldaten (NATO-Europa) nur etwa 50 000 für internationale Krisenmanagementoperationen verwendet werden.⁷

⁷ Vgl. dazu Rede des NATO-Generalsekretärs Lord Robertson am 14. Forum Bundeswehr und Gesellschaft am 4. 11. 2003 in Berlin.

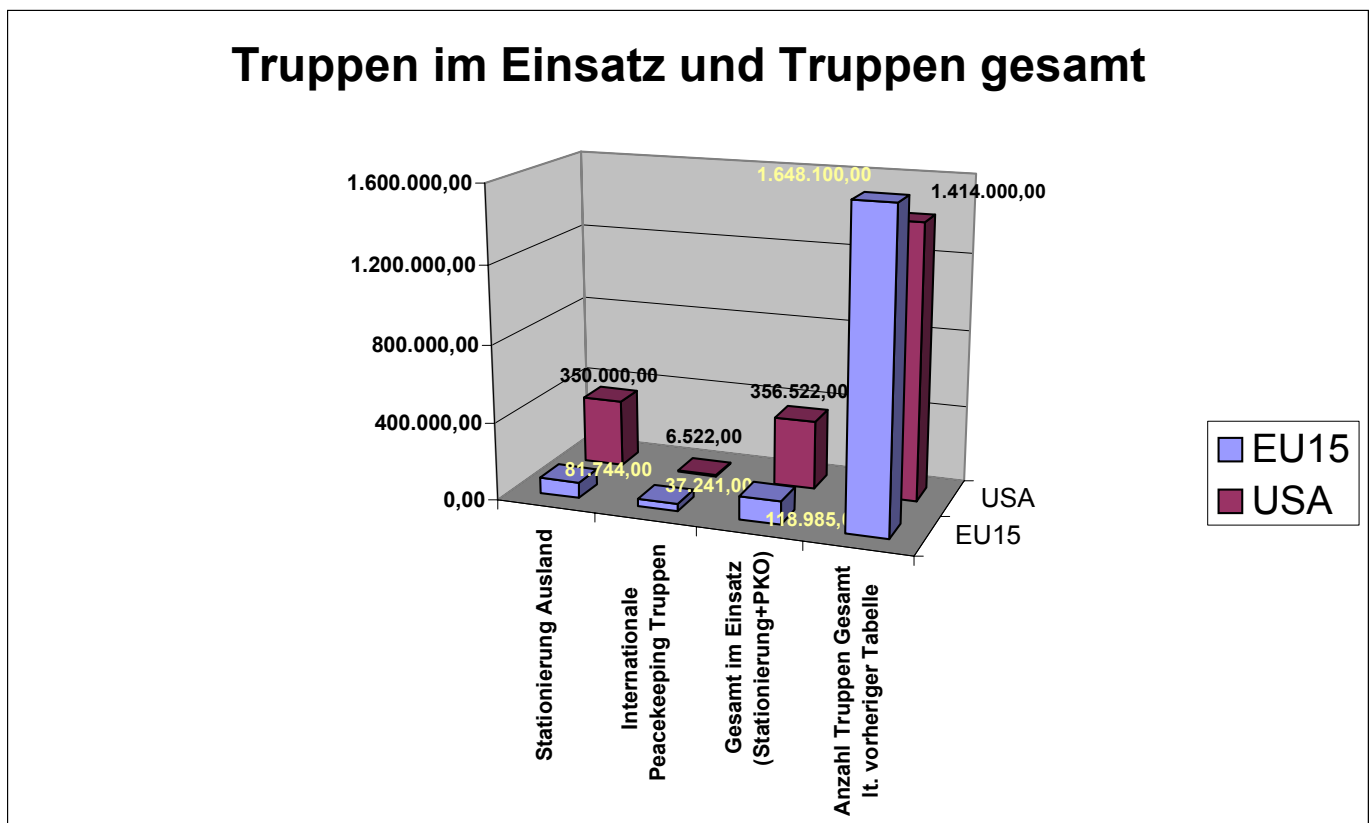
Tabelle 1: Vergleich der Truppenstärke nach Staaten und Organisationen

Truppenstärke in Tausend - Ohne Reservisten					
		1985	2000	2002	Veränderung in % 1985-2002
Nur NATO	Kanada	83,0	59,1	52,3	63,01
	USA	2151,6	1365,8	1414,0	65,72
	Tschechische Republik	203,3		49,4	24,30
	Norwegen	37,0	26,7	26,6	71,89
	Polen	319,0	217,3	163,0	51,10
	Türkei	630,0	609,7	514,8	81,71
	Ungarn	106,0	43,8	33,4	31,51
NATO und EU	Deutschland	478,0	221,1	296,0	61,92
	Griechenland	201,5	159,2	177,6	88,14
	Frankreich	464,3	294,4	260,4	56,08
	Italien	385,1	250,6	216,8	56,30
	Luxemburg	0,7	0,8	0,9	128,57
	Niederlande	105,5	51,9	49,6	47,01
	Belgien	91,6	39,3	39,2	42,79
	Portugal	73,0	44,7	43,6	59,73
	Spanien	320,0	166,0	177,9	55,59
	Dänemark	29,6	21,8	64,9	219,26
	Großbritannien	334,0	212,5	210,4	62,99
Non-NATO EU	Österreich	54,7		34,6	63,25
	Irland	13,7		10,5	76,64
	Finnland	36,5		31,8	87,12
	Schweden	65,7		33,9	51,60
Daraus ergibt sich:		1985	2002	Veränderung in %	Bedeutet Reduzierung %
	Wert USA	2151,6	1414,0	65,72	34,28
	Summe EU15	2653,9	1648,1	62,10	37,90
	Summe NATO	6013,2	3790,8	63,04	36,96

Quelle: Military Balance 2003/04, S. 335 u.a.

Seit 1985 haben die USA ihre Truppenstärken um 34 Prozent die EU-15 (Summe der aktuellen EU Mitgliedsstaaten) um 38 Prozent und die NATO um 37 Prozent gesenkt. Mit diesen personellen Einsparungen sollte dem geänderten Bedrohungsbild Rechnung getragen werden und Ressourcen für neue Investitionen frei gemacht werden.

Graphik 2: Vergleich der Truppen im Einsatz USA – EU



Quelle: Military Balance 2003/04 und www.globalsecurity.org/military/ops/global-deployments.htm.

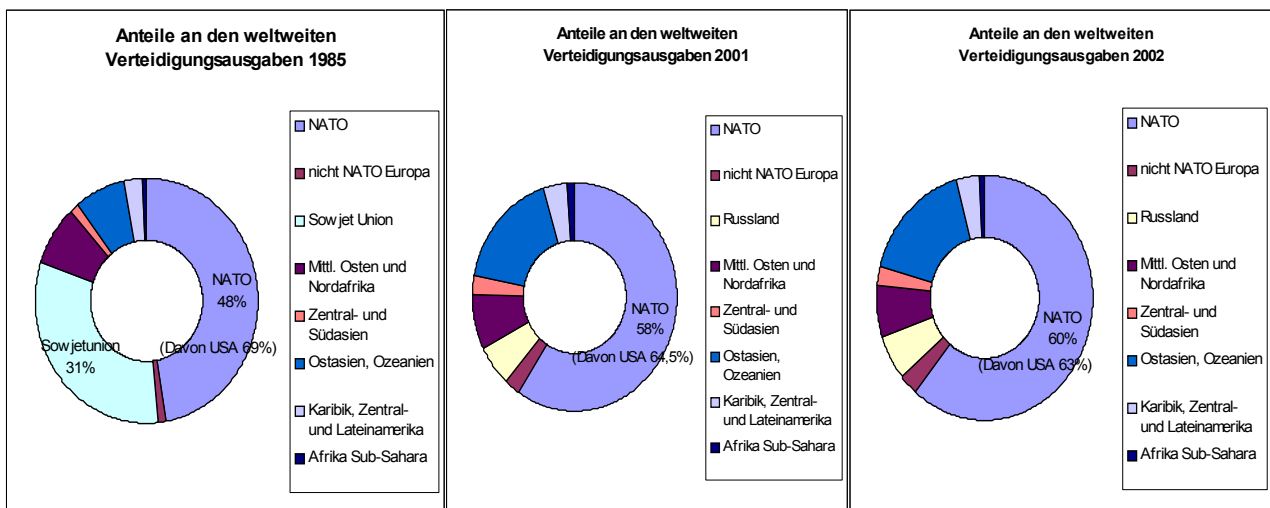
Ein weiteres Problem ist, dass angesichts der zunehmenden militärtechnologischen Lücke selbst die militärisch fähigeren europäischen NATO-Staaten zunehmend die Fähigkeit verlieren, gemeinsame Einsätze mit den USA durchzuführen. Einer aktuellen Studie (De Wijk 2004, 119) zufolge zerfallen die europäischen NATO-Armeen mittlerweile in 5 Klassen, wobei derzeit nur Großbritannien und Frankreich (nach Umstrukturierung ihrer Armee) über Kapazitäten zur Expeditionskriegsführung verfügen. Alle anderen Staaten

können nur fokussierte oder selektive Beiträge zur Kriegsführung leisten⁸ beziehungsweise überhaupt nur an Stabilisierungsoperationen teilnehmen.⁹

Da dies mittelfristig auch zu einer politischen Erodierung des Bündnisses führen würde, wurde am Prager Gipfel 2002 die Schaffung einer sogenannten „NATO-Response Force“ (NRF) beschlossen. Diese NRF soll ab Herbst 2006 vollständig einsatzbereit sein und insgesamt 60 000 vorrangig europäische Soldaten umfassen, die in einem Zyklus von sechs Monaten Vorbereitung, sechs Monaten Bereitschaft und sechs Monaten Ausbildung und Evaluierung bereitgestellt werden. Die Allianz ist damit der Transformationsmotor für den Reformprozess der europäischen Streitkräfte. Das zentrale militärische Element einer neu ausgerichteten NATO wird somit die NRF sein, die von den USA auch als Lackmus-Test für die Ernsthaftigkeit europäischer Verteidigungspolitik gesehen wird.

Graphik 3: Anteil der NATO an den globalen Verteidigungsausgaben

Der Anteil der NATO an den weltweiten Ausgaben für Rüstung und Verteidigung ist von 48% am Ende des Kalten Krieges auf mittlerweile 60% im Jahr 2002 angestiegen. Obwohl diese Entwicklung durch den Wegfall der Sowjetunion und durch den konstant überproportional hohen Anteil der USA bedingt ist, sprechen diese Zahlen für den Umstand, dass die NATO auch über die strategische Wende von 1989/90 hinaus ihre Stellung als bedeutendste globale Militärallianz wahren und ausbauen konnte.



Eine funktionsfähige NATO bleibt für die USA das effizienteste Instrument für einen institutionalisierten Einfluss auf die Politik in Europa und auf die sich entwickelnde ESVP der EU. Darüber hinaus ist die transatlantische Allianz zunehmend Basis und Instrument für die Ordnungspolitik der USA in der Region Greater Middle East. Als Instrument der Kriegsführung hat die NATO aber für die USA drastisch an Bedeutung verloren, weil, wie der Kosovo-Krieg gezeigt hat, der Koordinierungsaufwand zu hoch und die militärischen Beiträge der europäischen Alliierten zu gering sind.

⁸ Niederlande, Spanien, Italien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Norwegen, Polen, Türkei.

⁹ Estland, Bulgarien, Tschechische Republik, Griechenland, Ungarn, Litauen, Lettland, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Slowenien, Slowakei.

Aus europäischer Sicht hat die NATO als kollektives Verteidigungsbündnis an Bedeutung verloren, weil die militärisch-konventionelle Bedrohung weggefallen ist. Die Erweiterung bringt zudem eine stärkere Differenzierung der Interessen der europäischen NATO-Mitglieder und größere Unterschiede bei den wirtschaftlichen, politischen, technologischen und militärischen Fähigkeiten mit sich. Auch wenn derzeit insbesondere die neuen NATO-Staaten bemüht sind, zumindest durch die Bereitstellung von spezialisierten Elementen und militärischen Nischenfähigkeiten nützliche Beiträge zu leisten, werden sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen Probleme in Zukunft wahrscheinlich nur sehr eingeschränkt bei der Bewältigung der neuen militärischen Aufgabenstellungen mitwirken können. Über einen Zeithorizont von 10 bis 15 Jahren bergen diese Differenzen das Potenzial für eine Desintegration der NATO.

Aktuell ist die Nordatlantische Allianz für die europäische Sicherheit aber nicht ersetzbar. Sie hat aus europäischer Sicht eine wichtige Bedeutung, weil sie neben einer Rückversicherung und einer innereuropäischen Balance vor allem die notwendige Absicherung von europäischen Krisenoperationen gewährleistet. Die EU wird in den nächsten zehn Jahren auch im Falle „autonom“ militärischer Operationen auf die „High-End-Fähigkeiten“ der NATO (sprich der USA) angewiesen sein.

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass die USA alle internationalen Organisationen strikt nach dem Kriterium der Nützlichkeit für die eigenen Interessen bewerten und ihr Engagement drastisch reduzieren, wenn sie diese nicht gewährleistet sehen. Für die NATO ist aus der Sicht Washingtons das zentrale Relevanzkriterium die Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus, gefolgt von der Erhaltung einer institutionalisierten Einflußnahme auf die europäische Entwicklung und die ESVP sowie der politisch-strategischen Kontrolle von bedeutenden Stabilisierungsoperationen bei gleichzeitig verminderten eigenen Beiträgen. In dem Maß, in dem die Vereinigten Staaten eine Nützlichkeit in diesen Bereichen sehen, werden sie auch bereit sein, Projekte zu unterstützen, die eher im europäischen Interesse liegen. Im Umkehrschluss folgt daraus, dass eine Unterstützung der neuen US-Prioritäten seitens der Europäer auch eine Förderung der eigenen Anliegen bedeuten kann.

Da Europa aber, wie die Balkan-Kriege gelehrt haben, nicht immer davon ausgehen kann, dass die USA europäische Sicherheitsprobleme lösen, liegt die Verstärkung der europäischen Dimension der transatlantischen Allianz in der Logik der weiteren Entwicklung. Eine Harmonisierung der europäischen Interessen kann letztlich nur durch eine politische und wirtschaftliche Integration im Rahmen der EU erfolgen, die dann als „europäische“ Position in die transatlantischen Beziehungen eingebracht werden kann. Langfristig könnte diese Entwicklung zu zwei Pfeilern unterhalb eines gemeinsamen militärisch-sicherheitspolitischen NATO-Dachs führen. Verstärkt wird diese in Ansätzen bereits erkennbare Entwicklung durch den Umstand, dass die kostspielige Transformation europäischer Streitkräfte in moderne Interventionsinstrumentarien kaum noch national organisier- und finanzierbar ist, sondern eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik und eine enge Abstimmung mit den USA erfordert.

2.5 Die sicherheitspolitische Perzeption Europas

Die Wahrnehmung Europas in den USA ist ambivalent: Europa wird entweder auf Grund seiner mangelnden militärischen Fähigkeiten als irrelevant eingestuft, oder es wird insbesondere auf Grund seiner ökonomischen Bedeutung als potenziell gefährlicher Mitbewerber um internationale Machtausübung betrachtet. Einerseits wird Europa als

unnütz oder hinderlich bei der Erreichung der eigenen strategischen Zielsetzungen wahrgenommen, andererseits sieht man Europa als Herausforderung im internationalen Wettbewerb (Vgl. Rudolf 2003, 93–101). Was die militärischen und verteidigungspolitischen Anstrengungen der Europäer betrifft, so wurden diese sowohl von der Administration Clinton als auch unter Bush so weit unterstützt, als die Entwicklung militärischer Fähigkeiten im strategischen Rahmen der NATO eingebettet bleibt. Die politische Dimension eines autonomen Einsatzes von Streitkräften zur Wahrnehmung spezifischer europäischer Sicherheitsinteressen beziehungsweise die Applikation der militärischen Mittel im Rahmen der EU wird quer durch alle Parteien mit großer Skepsis gesehen. Während die USA traditionell als Förderer und sicherheitspolitischer Garant des europäischen Integrationsprozesses galten, scheint zumindest in der Bush-Administration die Prämisse, dass ein wirtschaftlich geeintes und politisch starkes Europa auch im amerikanischen Interesse gelegen ist, fraglich geworden zu sein. Diese Politik manifestiert sich in einer Strategie der „Disaggregation“ (Divide et Impera) und einer Bilateralisierung der Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Staaten.

Als Pars pro toto für die allgemein verbreitete sicherheitspolitische Wahrnehmung Europas in den USA kann Richard Perle zitiert werden: „[B]ecause Europe has so little capacity to use force that it is practically excluded as a means of influencing events or effecting change[...]“ (Perle 2003).

Die Erkenntnis, dass eine effizientere militärische Rolle Europas auch im wohl verstandenen Interesse der USA gelegen ist, wurde angesichts der tagesaktuellen Divergenzen in den Hintergrund gedrängt. Der Preis, den die USA für einen leistungsfähigen Partner Europa, auf den sie bei der Lösung der komplexen und langwierigen zukünftigen Herausforderungen angewiesen sein werden, bezahlen müssen, ist eine größere politische und militärische Eigenständigkeit Europas. Dies ist nicht zuletzt auch darin begründet, dass für europäische Regierungen angesichts der US-Skepsis in weiten Teilen der Bevölkerung vermehrte Verteidigungsanstrengungen leichter im europäischen als im transatlantischen Kontext argumentierbar sein werden.

2.6 Die Europäische Union

Während sich in der Zeit des Kalten Krieges die europäische Integration unter dem Schutzmantel der USA vollzogen hat, stellt sich die Lage heute anders dar. Der europäische Einigungsprozess wird, wenn er gelingt, das internationale System nachhaltig beeinflussen und die Weltordnung würde mit einem globalen Akteur EU anders aussehen als ohne. Die äußeren strategischen Rahmenbedingungen bedürfen einer aktiven europäischen Außen- und Sicherheitspolitik:

Die politisch-strategische Nische, in der sich die Integration im Windschatten der Nachkriegsallianzen entwickeln konnte, existiert nicht mehr (Vgl. Janning 2002, 850ff). Europa ist von einer unruhigen und instabilen Nachbarschaft umgeben, deren langfristige sozioökonomische Parameter bei gleichbleibender Tendenz krisenhafte Entwicklungen prognostizieren lassen. Die Lehre aus den Balkan-Kriegen sollte für Europa insbesondere darin bestehen, dass Strategien der Abschottung und Isolierung beziehungsweise das Hoffen auf Erschöpfung der Kriegsgegner angesichts der vielfachen Vernetzungen untaugliche Mittel sind. Eine europäische Sicherheitspolitik muss unter den heute gegebenen Umständen eine umfassende und proaktive Gestaltungspolitik sein. Dazu fehlen der EU, die theoretisch den komparativen Vorteil hätte, umfassende Sicherheit aus einer Hand anbieten zu können, nicht zuletzt die militärisch operativen Voraussetzungen, sodass sie Gefahr läuft, selbst in Regionen, die für die europäische Sicherheit von vitaler Bedeutung sind, unzureichenden

Einfluss auf militärisches Konfliktmanagement insbesondere seitens der USA nehmen und die Aus- und Rückwirkung nur reaktiv handhaben zu können.

Wie steht es um den sicherheitspolitischen Akteur EU zu Beginn des Jahres 2004 und wie sehen mögliche Entwicklungsperspektiven aus? Offensichtlich bedarf es dazu eines einheitlichen Gestaltungswillens, einer leistungsfähigen Führungsstruktur und angemessener Instrumentarien sowie als Konsequenz der aktuellen weltpolitischen Konstellation einer klaren Bestimmung des Verhältnisses zu den USA. Mit der Erweiterung der EU (und der NATO) wird zunächst eine Stärkung der Position der USA in Europa verbunden sein. Mit ausschlaggebend dafür ist zu einem erheblichen Ausmaß das Versäumnis der Union, den neuen ostmitteleuropäischen Staaten im Rahmen des Beitrittsprozesses die Notwendigkeit einer außenpolitischen Kohäsion für die Weiterentwicklung des Integrationsprozesses klar gemacht zu haben. Die auf 25 Mitglieder erweiterte EU wird wahrscheinlich durch die zunehmende Interessensheterogenität bei Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips (woran auch der Verfassungsentwurf nichts ändert) kaum eine externe sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit entwickeln können, sondern eher von innereuropäischen und institutionellen Problem okkupiert sein.

Eine Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit stellt bei genauerer Betrachtung unterschiedliche Anforderungen an die EU-Mitgliedsstaaten. Während die großen und militärisch potenteren Staaten, die knapp zwei Drittel der europäischen militärischen Fähigkeiten bereitstellen, gefordert sind, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und die militärische Interoperabilität mit den USA aufrecht zu erhalten, sind die kleineren Staaten zunächst vor allem angehalten, eine verstärkte militärische Zusammenarbeit im Rahmen der EU nicht zu verhindern und sich zunehmend auf den Umstand einzustellen, dass sie auf Grund ihrer Mitgliedschaft in der EU auch mit globalen sicherheitspolitischen Problemstellungen konfrontiert sind, von denen sie ohne EU-Mitgliedschaft nicht im selben Ausmaß betroffen wären.

Zunächst hat der Irak-Krieg und die damit einhergehenden unterschiedlichen Positionen zur amerikanischen Strategie eine einheitliche Positionierung der EU verhindert und es schien, als würde durch die entstandenen Verwerfungen die Möglichkeit einer Einigung über die noch offenen Punkte der EU-Verfassung (Vgl. Frank 2003, 9–19) vereitelt. Die Regierungskonferenz in Brüssel scheiterte dann zwar in ihrem Bestreben, die Verfassung zu beschließen, allerdings kam es im Vorfeld zu einer weitgehenden Einigung über die sicherheitspolitisch relevanten Bestimmungen zur „Solidaritätsklausel“, zur „verstärkten Zusammenarbeit“ und zur „militärischen Beistandsklausel“ zumindest unter den europäischen Schlüsselstaaten. Vielleicht war die Ambitionen Polens und Spaniens, an ihren im Vertrag von Nizza festgelegten Stimmgewichten festhalten zu wollen, auch die Folge einer sich entwickelnden politischen Morphologie in Europa und der damit einhergehenden mangelnden Neigung, sich einem als deutsch-französisches Direktorium perzipierten Machtblock anzuschließen. Aus heutiger Sicht bietet sich ein mögliches Entwicklungsspektrum der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der ESVP zwischen folgenden Eckpunkten: einem relativ handlungsfähigen Kerneuropa in tendenzieller Konkurrenz zu den USA, einer ESVP, die maßgeblich im Kontext der Vereinbarungen mit der NATO (Berlin plus) bestimmt wird und einer weitgehend lahmgelegten EU zu 25, die unfähig ist, übergeordnete europäische Sicherheitsinteressen vor eigene nationale Befindlichkeiten zu stellen. Für europäische Kleinstaaten, insbesondere die Allianzfreien, oder auch die neuen Mitgliedsstaaten bietet die EU in sicherheitspolitischer Hinsicht ein wenig ermutigendes Bild. Eine Führungsverantwortung der großen EU-

Mitgliedsstaaten im Sinne eines glaubwürdigen Absehens von kurzfristigen nationalen Interessen war in der Frage des Irak-Krieges nicht zu sehen.

Eine GASP wird aber zunehmend zu einem zentralen Prüfstein für eine erfolgreiche Weiterentwicklung und eine nachhaltige Absicherung des europäischen Integrationsprojektes. Dennoch bleiben sowohl die GASP als auch ihr integraler Bestandteil, die ESVP, in absehbarer Zukunft im Spannungsverhältnis zwischen der Forderung an die EU, angesichts der vielschichtigen und globalen Herausforderungen ein umfassender sicherheitspolitischer Akteur zu werden, und den interessegeleiteten nationalen Außen- und Sicherheitspolitiken der Mitgliedsstaaten. Die ESVP wird auch nach einem möglichen Beschluss über einen Verfassungsvertrag von einer intergouvernementalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten bestimmt bleiben. Es wird auf absehbare Zeit zu keiner Vergemeinschaftung der europäischen Verteidigungspolitik kommen. Mit den vorgeschlagenen Weiterentwicklungsaspekten des Verfassungsvertrages wird der Weg zu einer Differenzierung der verteidigungspolitischen Integration der Union geöffnet. Dies kann zu einer Dynamisierung und Effizienzsteigerung führen, wenn eine Gruppe von fähigen und willigen Staaten vorangeht und mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernimmt (Frank 2004, 4f).

Die innereuropäische „Machtbalance“ zwischen Großen und Kleinen, „Atlantikern“ und „Europäern“, Allianzfreien und NATO-Mitgliedern zur Generierung eines kohärenten, nach außen gerichteten Willens zum Handeln schien unmittelbar nach dem Irak-Krieg nachhaltig gestört und bedarf eines Restrukturierungsprozesses, der wesentliche Fragen neu regelt. Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) konnte zwar beschlossen werden, was als erster Schritt in Richtung einer ambitionierten GASP und ESVP zu würdigen ist. Allerdings liegen die Probleme bezeichnenderweise weiterhin dort, wo wesentliche Aspekte nicht angesprochen oder zu wenig klar ausformuliert wurden, etwa die Aufgabenteilung mit der NATO, die Rolle gegenüber den USA sowie die Definition verbindlicher militärischer Aufgabenstellungen zur Krisenbewältigung.

Die britisch-französischen Absprachen vom 24. November 2003 und das im Februar 2004 von Deutschland, Frankreich und Großbritannien vorgelegte „Battle Group-Konzept“, die auf eine Fokussierung der ESVP auf Afrika abzielen, oder die Interpretation der „strukturierten Zusammenarbeit“ als Möglichkeit für NATO-Mitglieder, ihre gemeinsame atlantische Verteidigungspolitik auch im Namen der EU betreiben zu können, weisen nun wieder eher auf eine komplementäre Entwicklung von ESVP und NATO hin, wobei letztere auf längere Sicht der dominierende sicherheitspolitische Handlungsrahmen bleiben dürfte. Hilfreich wäre daher eine Konzentration auf jene Bereiche der Außenpolitik, bei denen sowohl unter den EU-Mitgliedsstaaten als auch mit den USA Übereinstimmung herrscht.

Der Prozess zur (Neu-)Definition der Rolle der EU wird nicht zuletzt von Deutschland maßgeblich bestimmt, das die schwierige Aufgabe der Balancierung zwischen der bewährten und begründeten Partnerschaft zu den USA einerseits und der Rolle als Unterstützer französischer Europa-Visionen andererseits hat und damit die Voraussetzung erfüllen würde, eine Harmonisierung der Positionen der drei Schlüsselstaaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich einzuleiten. Die Führungsrolle der „big three“ wird wohl durch die kleineren Staaten nur unter der Bedingung anzuerkennen sein, dass die Großen die kleineren Staaten in wesentlich größerem Ausmaß einbinden.

Die EU ist also auch auf absehbare Zeit kein einheitlicher sicherheitspolitischer Akteur, sondern wird von den unterschiedlichsten Verteidigungskulturen (interventionistisch bis

pazifistisch) der Mitgliedsstaaten und den Erfahrungen des Integrationsprozesses geprägt sein.

Das Selbstverständnis und die politische Identität der EU als „transnationale Gemeinschaft“ beziehungsweise als „postmodernes politisches System“ (Vgl. Cooper 2003, 26–37), das im innereuropäischen Rahmen Recht an die Stelle von Macht und friedlichen Interessenausgleich an die Stelle von Krieg gesetzt hat, erfordert auch ein genuines internationales Sicherheitskonzept. Das strategische Denken in Europa ist ein Ergebnis der historischen Erfahrungen insbesondere im Rahmen des Integrationsprozesses. Die europäische Sicherheitspolitik folgt heute zumindest im Rahmen der EU (aber nicht notwendigermaßen in gleichem Ausmaß bei allen Mitgliedern) dem Imperativ: Sicherheit durch Transparenz und Transparenz durch Interdependenz. Damit wird postmoderne europäische Sicherheitspolitik zur Aufgabe der „komplexen Interdependenzsteuerung“. Dieser Ansatz folgt der Logik, dass die Welt dann am verträglichsten für Europa ist, wenn sie Europa am ähnlichsten ist (Vgl. Föhrenbach 2002, 3–22). Im Unterschied zu den USA gehen die europäischen Staaten von zwei Prämissen aus: Erstens ist heute kein (europäischer) Staat in der Lage, für seine Sicherheit alleine zu sorgen, und zweitens bedürfen die komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen auch umfassender Strategien, in deren Rahmen gilt: Militär erst als Mittel der ultima ratio einzusetzen und umfassende Prävention vor militärischer Präemption zu üben.

Das relative Gewicht der EU in der internationalen Politik ist immer noch Resultat unterschiedlicher Interessen ihrer Mitgliedsstaaten. Wie der Vergleich des Verhaltens der EU im Falle des Irak-Krieges und der Intervention im Kongo einige Wochen später zeigt, müssen für ein sicherheitspolitisches Handeln der Union drei Grundvoraussetzungen erfüllt sein: Es bedarf erstens einer gemeinsamen Bedrohungseinschätzung, zweitens eines Konsenses über die konkret zu treffenden Maßnahmen sowie drittens vor allem einer gemeinsamen Haltung der europäischen Staaten gegenüber den USA (Vgl. Gnesotto 2003, 21–42). Während die ersten beiden Voraussetzungen nicht zuletzt durch die ESS in Zukunft leichter zu erzielen sein sollten, wird die Politik gegenüber den USA auch auf absehbare Zeit der entscheidende Faktor für ein externes sicherheitspolitisches Wirksamwerden der EU sein.

2.7 Die Europäische Sicherheitsstrategie und das „European Defence Book“ – Grenzen der EU-Ambition

Mit der im Dezember 2003 angenommenen Sicherheitsstrategie unternimmt die Europäische Union erstmals in ihrer Geschichte den Versuch, ein einheitliches strategisches Konzept zu entwickeln. Ein solches Dokument ist die Voraussetzung für ein glaubwürdiges und effizientes sicherheitspolitisches Auftreten der EU. Dieses Projekt ist im Kontext des Entwurfes für eine Verfassung und im weiteren Sinne auch im Zusammenhang mit der noch nicht abgeschlossenen Erstellung eines „European Defence Books“ zu sehen. Der Verfassungsvertrag soll im Wesentlichen die institutionellen Fragen der Weiterentwicklung der ESVP regeln. Das „European Defence Book“ sollte eine Vertiefung der Sicherheitsstrategie im Hinblick auf die konkreten Einsatzszenarien und die daraus abzuleitenden militärischen Erfordernisse der EU liefern.

Die ESS ist getragen von der Ambition, dass sich die EU zu einem handlungsfähigeren und machtvolleren internationalen Akteur entwickeln sollte, der seine Verantwortung für die internationale Sicherheit und Frieden wahrnimmt. Das Dokument wurde sowohl von den Mitgliedsstaaten als auch von den USA überaus positiv aufgenommen und als konstruktive Lehre aus der fehlenden gemeinsamen Politik im Vorfeld des Irak-Krieges bewertet (Reiter

2003, 317f). Im Unterschied zum ersten Entwurf geht die verabschiedete Version der ESS nicht mehr von einem eigenständigen weltpolitischen Gestaltungswillen aus, sondern ist eher im Sinne der Unterstützung einer effektiven internationalen Ordnung im Geist der Charta der Vereinten Nationen gehalten. Die besondere Herausforderung einer europäischen Strategie besteht darin, die Vielfalt der strategischen und verteidigungspolitischen Traditionen der Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen, gleichzeitig aber ein ausreichend präzises sicherheitspolitisches Leitlinienkonzept darzustellen, das als konkrete Handlungsanleitung dienen kann und einen vordefinierten, allgemein akzeptierten Rahmen für den sicherheitspolitischen Aktionsradius der EU abbildet. Die ESS sollte den konzeptiv-strategischen Überbau sowohl für die Erstellung ergänzender Teilstrategien und Aktionspläne (zum Beispiel zur Proliferation, zur Terrorismusbekämpfung oder zum Umgang mit „normenbrechenden“ Staaten) als auch für die Weiterentwicklung der nationalen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrinen abgeben. Die ESS ist der Versuch der europäischen Staaten, sich auf eine gemeinsame Interpretation der Veränderungen in der internationalen Politik nach dem 11. September 2001 sowie auf die Entwicklung einer gemeinsamen Bedrohungsperzeption zu einigen. Darüber hinaus soll ein gemeinsames Fundament für einen neuen strategischen Dialog mit den USA geschaffen werden. Die genannten Zielsetzungen erfordern, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten in einem ersten Schritt untereinander klar werden, welche gemeinsamen politisch-strategischen Zielsetzungen sie im Rahmen der EU verfolgen wollen und welche Instrumentarien sie hiezu abzustellen und einzusetzen bereit sind.

Eine der größten Schwachstellen der EU-Außenbeziehungen war bisher die Inkongruenz zwischen Zielen und den dazu erforderlichen Instrumenten. Die EU verweist immer wieder auf die Bedeutung der soft power, das heißt der Fähigkeit, andere politische Akteure eher mit positiven Anreizen als mit Zwang zu beeinflussen. Doch es setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass eine umfassende und wirksame Sicherheitspolitik auf dem einander ergänzenden und wechselseitig verstärkenden Einsatz von soft und hard power beruht. Die Sicherheitsstrategie sollte daher die Grundlage für einen synergetischen Einsatz aller sicherheitspolitisch erforderlichen Mittel schaffen. In der Vergangenheit wurde häufig (und zu Recht) der Vorwurf an die EU gerichtet, auf Krisen nur passiv und zu spät reagiert zu haben. Die neuen Sicherheitsrisiken erfordern aber zunehmend eine proaktive und präventive Vorgangsweise.

Der ESS liegt grundsätzlich ein „weiter Sicherheitsbegriff“ zu Grunde, der über militärische Bedrohungen hinaus auch politische, ökonomische und diplomatische Risikopotenziale berücksichtigt. Demzufolge wird auch im Krisenmanagement dem synergetischen Einsatz umfassender ziviler und militärischer Mittel ein besonderer Stellenwert beigemessen.

Trotzdem ist das Dokument klar auf fünf prioritäre sicherheitspolitische Risiken ausgerichtet. Die festgestellten Hauptbedrohungen sind Strategischer Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, „gescheiterte“ Staaten, regionale Konflikte und organisierte Kriminalität.

Die strategischen Zielsetzungen, die die politischen Handlungen der EU leiten sollten, basieren auf drei Säulen: Ausdehnung des „Sicherheitsgürtels“ um Europa, Stärkung einer Weltordnung durch Orientierung an geltendem Völkerrecht, Förderung von Good Governance (Demokratieförderung, Bekämpfung von Korruption und Entwicklungszusammenarbeit) sowie eine aktive Bekämpfung der alten und neuen Bedrohungen. Ein effektiver Multilateralismus unter dem Primat der UNO und präventives Handeln (in einem umfassenden sicherheitspolitischen Verständnis) sollen die handlungsleitenden Prinzipien

für das zukünftige internationale Wirksamwerden der EU sein. In diesem Zusammenhang gilt es, in der EU eine strategische Kultur zu entwickeln, die unter Bedachtnahme auf internationale völkerrechtliche Normen auch den militärischen Einsatz als letztes Mittel nicht ausschließen darf. Dass den neuen Sicherheitsrisiken nur unzulänglich mit bestehenden militärischen Einsatzverfahren begegnet werden kann, soll wohl durch die Relativierung des „herkömmlichen Konzepts der Selbstverteidigung“ und durch die Feststellung, dass „bei den neuen Bedrohungen die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegt“, zum Ausdruck gebracht werden. Die Sicherheitsstrategie soll die europäische Politik „aktiver“ und „kohärenter“, vor allem aber „handlungsfähiger“ machen. Dies inkludiert insbesondere institutionelle Maßnahmen zur Sicherstellung des komparativen Vorteils, den die EU gegenüber den anderen internationalen Organisation genießt, nämlich „Sicherheit aus einer Hand“ gewährleisten zu können, sowie eine Aufstockung der Militärausgaben, einen Abbau von Duplizierungen und den Ausbau der Fähigkeiten zum zivilen Krisenmanagement. Diesen Forderungen steht freilich die Realität gegenüber, die pointiert mit den 2004 für die GASP zur Verfügung stehenden EU-Mitteln von 63 Millionen Euro bei einem Gesamtbudget von rund 100 Milliarden charakterisiert werden könnte.

Die ESS ist in engem Zusammenhang mit der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten (NSS) und der amerikanischen Außenpolitik zu sehen. In gewisser Weise kann man die Solana-Strategie als Antwort auf die US-Doktrin werten. Sie liest sich wie der Versuch Europas, zumindest Anschluss an die amerikanische Debatte über die angemessene Reaktion auf die neuen Bedrohungen einer globalisierten Welt zu finden, auch wenn sie in der zentralen sicherheitspolitischen Problemstellung der Gegenwart nämlich der Frage des „vorbeugenden Streitkräfteeinsatzes“ keine Aussage trifft.

Sie ist jedoch auch bemüht, die transatlantische Zusammenarbeit wieder herzustellen und der „Atlantikdrift“ entgegenzuwirken. Die transatlantischen Beziehungen werden als „unerlässlich“ bezeichnet. Mit dem Bekenntnis zum globalen Akteur an der Seite der USA wird ein transatlantischer Schulterschluss demonstriert. Wie in der US-Doktrin ist auch in der EU-Strategie von Präventivmaßnahmen die Rede, allerdings in einem umfassenden politischen Sinne. Gegenakzente zum US-Modell sind ein „effektiver Multilateralismus“ und die Stärkung einer normengestützten Weltordnung, die auf gut funktionierenden internationalen Institutionen (insbesondere der UNO) aufbaut. Ebenso wird aber auch auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den USA hingewiesen: „Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt.“ Sogar die simplifizierte Weltsicht von „gut“ und „böse“ wurde hier übernommen.

2.8 Die sicherheitspolitische Perzeption der USA in Europa

Während sich die innere Geometrie der EU schrittweise von der alten Opposition zwischen Agrar- und Industrieinteressen hin zu einer Konstellation zwischen „Leistern/Gestaltern“ und „Konsumenten“ unter den EU-Staaten entwickelt, ist im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin die traditionelle Fragmentierung in transatlantische, europäische und neutrale/allianzfreie Staaten prägend. Durch die EU-Osterweiterung wird das Lager der transatlantisch orientierten Staaten, also jener Länder, die ihre Sicherheit am wirkungsvollsten von den USA garantiert sehen und diesen daher eine bestimmende Rolle in der europäischen Sicherheit einräumen, gestärkt. Diese Haltung entspringt weitgehend dem Umstand, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten die abgeschüttelte Bevormundung durch Moskau nicht durch ein deutsch-französisches Direktorium in der EU eingetauscht sehen wollen. Vor allem in der europäischen Bevölkerung, aber auch im politischen

Establishment einiger EU-Staaten setzt sich immer mehr die Ansicht durch, dass die USA ihre Rolle als „Schutz-, Pazifizierungs- und Ausgleichsmacht“ in Europa verloren haben.

Dennoch erscheint eine sicherheitspolitische Rolle der USA in Europa als Garant der militärischen High-End-Fähigkeiten, als Macht in der Hinterhand zur Gewährleistung von Abschreckung und Sicherstellung einer militärischen Eskalationsfähigkeit für den Fall einer negativen Entwicklung einer EU-geführten Militäroperation sowie als Motor für die Transformation der europäischen Streitkräfte allgemein gewünscht und konsensfähig zu sein. Auch eine europäische Loyalität im Falle militärischer Interventionen der USA wird nicht a priori abgelehnt, solange solche Einsätze auch objektiv zur Sicherheit Europas beitragen und die USA einen kooperativen Weg einschlagen, sich also mit den europäischen Alliierten auch konsultieren und diese nicht bloß „briefen“.

3. Der globalstrategische Handlungsrahmen – divergierende Partner?

Etwa ein Jahr nach dem offiziellen Ende des Irak-Krieges und den damit einhergehenden tiefen Zerwürfnissen zwischen den USA und insbesondere den sogenannten europäischen „Kernstaaten“ Deutschland und Frankreich wird eine distanziertere und somit den unmittelbaren Ärgernissen auf beiden Seiten entzogene Beurteilung des aktuellen strategischen Positionsbezuges der USA auf der einen Seite und der nunmehr kohärenter auftretenden „Europäer“ auf der anderen Seite möglich. Aus der jeweiligen Beurteilung der globalstrategischen Lage lassen sich die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Konzeptionen und insbesondere die verteidigungs- und letztlich rüstungspolitischen Konsequenzen ableiten.

Der Irak-Krieg hat wesentliche Parameter des internationalen Systems verändert, was von den Partnern diesseits und jenseits des Atlantiks jeweils unterschiedlich wahrgenommen wird. Im Zentrum der dissensualen Wahrnehmung steht die offensichtliche Ambition der USA, die kollektive Weltführung durch die Vereinten Nationen und mit den Bündnispartnern durch eine unilaterale auf selektive Weltherrschaft ausgerichtete Strategie zu ersetzen (Czempiel 2003, 119). Die USA haben mit dem auf Gewaltverbot und kollektiver Sicherheit basierenden UNO-System gebrochen, indem sie nach eigenem Ermessen entscheiden, wie mit Staaten zu verfahren ist, die im Verdacht stehen, den internationalen Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen zu unterstützen, oder selbst von extremistischen Organisationen unterwandert sind. Militärische Intervention und Regimewechsel sind nicht mehr an das Mandat des Sicherheitsrates der UNO gebunden. Zwar wurde nach den Anschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 die Tendenz, terroristische Anschläge als bewaffneten Angriff zu werten, noch vom Sicherheitsrat und einer breiten Koalition mitgetragen, mit der unilateralen Vorgangsweise gegen den Irak wurde dann die Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz der Führungsrolle der Vereinigten Staaten zum zentralen Problem. Die Gegenmaßnahmen diverser Mächte zur Ausbalancierung der US-Vormacht zeigte sich beispielsweise auf der Bühne der Vereinten Nationen oder etwa in der Diskussion um die Rolle der NATO im Irak-Krieg (Vgl. ebd., 125).

Allerdings wird für die Glaubwürdigkeit der europäischen Führungsmächte, das betrifft insbesondere Deutschland und Frankreich – wichtig sein, ob es bei der Verweigerung der Gefolgschaft gegenüber den USA bloß um die Abwehr hegemonialer Ansprüche oder um berechnete strategische Anliegen und Sicherheitsinteressen der Europäer geht. Bei der Frage der Ausgestaltung der künftigen Weltordnung, ob unilateral oder multilateral, wächst der EU eine entscheidende Rolle zu. Will sie eine auf Partnerschaft beruhende Ordnungsstruktur, muss sie sich als kooperativer Gleichgewichtsfaktor etablieren, wofür die Präzisierung ihrer strategischen Rolle, mehr Einigkeit und Kohärenz in der Politikgestaltung und eine

Schärfung der strategischen Instrumentarien (ESVP, Politik gegenüber dem Raum „Greater Middle East“ etc.) Grundvoraussetzungen sind.

3.1 Der Irak-Krieg und die Folgen für den internationalen Kampf gegen den Terrorismus

Zu den herausragenden sicherheitspolitischen Herausforderungen zählt zumindest aus der Sicht der USA der Kampf gegen den Terrorismus, unter dessen Prätext der Irak-Feldzug im Frühjahr 2003 unternommen wurde (Vgl. Schneckener 2003, 1). Die bislang vorliegenden Erkenntnisse haben weder einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem ehemaligen irakischen Regime und einer signifikanten Unterstützung für radikal-islamische Gruppierungen herstellen können (Ebd., 3), noch neue und relevante Hinweise auf den Erwerb, Besitz oder die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen erbracht.

Die unmittelbare Konsequenz daraus ist zumindest ein erheblicher Glaubwürdigkeitsverlust der USA, soweit sie den Irak-Krieg mit dem Kampf gegen den Terrorismus legitimierten und somit auch die Haltung der kritischen europäischen Staaten nachträglich rechtfertigten. Tatsächlich hat sich die Terrorlage im Gefolge des Irak-Krieges zunächst in mehrfacher Hinsicht verschlechtert. Die Besetzung des Irak durch die USA und ihre Verbündeten gaben der al-Quaida ein weiteres Motiv für ihren Kampf gegen die USA, deren Präsenz in Saudi-Arabien beendet und deren Einfluss in Israel/Palästina minimiert werden soll. Im Gefolge des Krieges gibt es eine Untermauerung der ideologisch-propagandistischen Aktivitäten, eine Zunahme der Rekrutierungsaktivitäten wie auch ein Anhalten der terroristischen Aktivitäten der Organisation. Die USA gelten nach wie vor als Hauptfeind des islamistischen Terrorismus, jedoch zeigte das Jahr 2004, dass die Gefahr terroristischer Anschläge auch in Europa tendenziell steigt. Die Struktur der al-Quaida wurde flexibilisiert und den Counter-terrorism-Maßnahmen der USA und Europas angepasst. Vorerst weichen die terroristischen Gruppierungen auf leichter zu treffende Ziele in Ländern aus, die den terroristischen Gruppierungen mehr Handlungsfreiheit gewähren. Die Gegenmaßnahmen praktisch aller Staaten auch in Europa wurden signifikant erhöht; selbst wenn sie sich nicht direkt im Visier der Terroristen wähen, so sind es doch die Einrichtungen der USA inklusive privater amerikanischer Firmen, aber auch von Verbündeten und internationale Behörden. Daher sind die Lasten, die die europäischen Staaten zu tragen haben, nicht unerheblich, allerdings muss als positiver Effekt eine gewisse Dynamik bei der Reform des Sicherheitssektors sowohl innerhalb der europäischen Staaten selbst, wie auch im Rahmen der EU konstatiert werden. Aus US-Sicht scheint die Bilanz im Kampf gegen den Terrorismus zunächst problematisch zu sein, denn allein die vorgesehenen Wiederaufbaukosten für den Irak waren das Doppelte der Ausgaben für Counter-terrorism-Aktivitäten im Jahr 2002. Damit steht die Frage im Raum, ob die US-Administration mit der Aufgabe im Irak nicht so weit gefordert ist, dass nicht mehr ausreichend Ressourcen für Counter-terrorism-Aktivitäten vorhanden sind. Experten sprechen auch davon, dass der Irak-Krieg nicht die Fortsetzung, sondern eher eine Ablenkung (Diversion) von der Hauptaufgabe Terrorbekämpfung sei. Ob der strategische Ansatz der Bush-Administration, durch eine „nach vorne gerichtete Strategie der Freiheit“ in der Region die Voraussetzungen für den radikal-islamistischen Terrorismus zu minimieren, erfolgreich sein wird, muss aus heutiger Sicht offen bleiben. Damit erhebt sich die Frage nach den Gründen für diesen Terrorismus und dem möglichen Beitrag des Irak-Krieges zu deren Beseitigung. Zählt man zu den wichtigen Gründen des radikal-islamischen Terrors neben den sozio-ökonomischen Folgen der Globalisierung und der freien Marktwirtschaft die starke militärische Präsenz der USA in der Golf-Region, das Los der Palästinenser, die Unzufriedenheit der Araber und Muslime mit den zumeist autoritären und korrupten eigenen Regimen, denen man

Kollaboration mit den USA vorwirft, so kann eine Eindämmung oder Auslöschung dieser Bedrohung bestenfalls langfristig erfolgen und bedarf eines neuen effektiveren Ansatzes, der wohl multilateral zu entwerfen und zu realisieren sein wird. Der einzig positive Effekt des Irak-Krieges im Kampf gegen den Terrorismus scheint die Minimierung der Möglichkeiten für Terroristen zur Beschaffung von Massenvernichtungswaffen über staatliche Kanäle zu sein (Gustenau 2004, 72). Der Irak schied definitiv aus, aber auch andere, verdächtige Staaten in der Region haben deutliche Signale in diese Richtung gesetzt.

3.2 Die Lage in der Region „Greater Middle East“ und die Positionen der USA und der EU

Was die Entwicklung in der strategischen Großregion „Greater Middle East“ betrifft, jener Region, die es aus US-Sicht als legitimatorisches Hauptargument für den Irak-Feldzug ja nunmehr nachhaltig zu verändern gilt, war bis zum Frühjahr 2004 weder ein „demokratischer Dominoeffekt“ (Vgl. Rudolf 2003b, 6) absehbar noch eine Konflikteskalation in weiten Teilen der Region. Im Gegensatz zu der nach wie vor problematischen Situation im Irak selbst gibt es durchaus positive Entwicklungen, die man zweifelsfrei in Zusammenhang mit den raschen militärischen Erfolgen im Irak und der damit einhergegangenen Zur-Schau-Stellung überlegener amerikanischer Militärmacht bringen muss. Die Zugeständnisse des Iran im Hinblick auf das Nonproliferationsregime, die Bereitschaft Libyens zur Offenlegung der sensiblen Rüstungsprogramme, die Zurückhaltung Syriens, die Intensivierung der Kooperation Israels mit der Türkei oder die Bemühungen zur Wiederaufnahme offizieller Kontakte zwischen Ägypten und dem Iran sind Signale, die die strategischen Ansätze der „Neokonservativen“ zu bestätigen scheinen, dass der Weg zum Frieden in der Region nicht über die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes geht, sondern über einen Regimewechsel in Bagdad.

So positiv man die aktuellen Ansätze zur Entspannung auf zwischenstaatlicher Ebene in der Region auch sehen mag, wesentliche Motivation dafür ist bei diversen Führern die Absicherung ihres autoritären Regimes, das je nach Betrachtung Ursache oder Folge der entwicklungspolitischen Defizite ist. Eine Ausweitung der ersten Erfolge dieses Ansatzes setzt daher voraus, dass die Bemühungen der Koalition im Irak nicht nachlassen, was im Lichte des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes und der damit einhergehenden Bemühungen zur raschen „Irakisierung“ der Verantwortung im Land nicht selbstverständlich ist. So bleibt ein erfolgreiches Nation-Building im Irak zentrale Voraussetzung für eine Stabilisierung der Region. Dieses Nation-Building im Irak wird auch zu einer eminent wichtigen Aufgabe der Europäer. Allein der Umstand, dass derzeit zumindest fünfzehn und bald achtzehn europäische NATO-Staaten, die fast alle auch EU-Mitglieder sind, Truppen im Irak eingesetzt haben, zeigt, wie wenig sinnvoll es ist, dass die EU als Ganzes, die in dieser Frage keine kohärente Politik entwickeln konnte, sich nicht stärker als Akteur positioniert.

Dies trifft im Prinzip auch auf Afghanistan zu, wo das Nation-Building ebenso zu einer lange währenden, aber unverzichtbaren Aufgabe wurde, die nun maßgeblich von der NATO wahrgenommen wird. Alleine dass die EU über 90 Prozent der westlichen Hilfe für Afghanistan trägt, belegt das starke Engagement der EU. Die zunehmende Fokussierung der Terrorbekämpfung auf den Nordwesten Pakistans, jenes Landes, das neben dem Iran für die Stabilisierung Afghanistans von zentraler Bedeutung ist, zeigt, dass die innere und äußere Lage Pakistans für die Bemühungen der Staatengemeinschaft in der Region kritisch ist und zunehmender Aufmerksamkeit bedarf.

Weil die meisten sicherheitspolitischen Herausforderungen für Europa aus der Region „Greater Middle East“ erwachsen, ist es auch notwendig, den Barcelona-Prozess der EU aus

seinem Dornröschenschlaf zu wecken, ihn geografisch wesentlich weiter zu fassen und ihm viel mehr operative Dynamik zu verleihen. Da auch die NATO in der Region eines ihrer wichtigsten Betätigungsfelder der Zukunft sieht, wird die Abstimmung mit den Aktivitäten des Barcelona-Prozesses immer wichtiger für die Verteilung der Rollen von EU und NATO in der Region. Für die EU wird es besonders darauf ankommen, ihre sogenannten komparativen Vorteile im Bereich der soft security zur Geltung zu bringen. Eine Schlüsselrolle könnte die EU dann einnehmen, wenn es im Rahmen der Bildung von stärker partizipatorischen Strukturen in der Region zur Ablösung von kooperativen, aber autoritären durch einigermaßen demokratische, aber möglicherweise antiwestliche Regime kommt. Die Vermeidung einer antiwestlichen Politik in der Region muss zu einer herausragenden Aufgabe der EU werden. Weil die EU dafür gute Voraussetzungen besitzt, würde sie sich auch gegenüber den USA als unverzichtbarer Partner positionieren.

3.3 Sicherheitspolitischer Statusbefund und transatlantische Beziehungen

In historischer Perspektive muss die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wohl als Ausnahmeperiode gesehen werden, in der das amerikanisch-europäische Verhältnis aufgrund der besonderen Konstellation im Kalten Krieg so eng wie nie war (Weidenfeld 2003, 341f). Der Irak-Krieg hat wohl die Herbeiführung eines Normalzustandes beschleunigt, in dem dieses hohe Ausmaß an Interessensidentität a priori so nicht mehr gegeben ist. Der Emanzipationsprozess dürfte auf beiden Seiten eingesetzt haben, wobei die amerikanische Haltung, auf sicherheitspolitische Herausforderungen zunächst unilateral eine Strategie zu formulieren und erst danach sich um Verbündete zu bemühen, jene in Europa bestärkt, die vermehrt auf „Autonomie“ drängen. Trotz einiger Erfolge der US-Politik um die Jahreswende 2003/2004 – die Verhaftung Saddam Husseins, die Zugeständnisse Libyens, das jüngste Verhandlungsangebot Nordkoreas und auch die Signale aus Teheran sowie der Konsens über eine neue Verfassung in Afghanistan – zeigte die Entwicklung im „Nachkriegsirak“, dass die USA auf die Unterstützung von Verbündeten angewiesen sind. Ein Jahr nach dem Irak-Krieg werden Grenzen der weltpolitischen Gestaltungsmacht der USA deutlich sichtbar, was eine wesentliche Voraussetzung zur kritischen, aber emotionslosen Bestandsaufnahme der Grundlagen und Rahmenbedingungen einer erneuerten transatlantischen Partnerschaft sein sollte.

Die Frage, vor der nahezu alle europäischen Staaten stehen, ist allerdings, was sie als Vorteile einer erneuerten Partnerschaft ansehen und welchen Preis sie dafür letztendlich zu zahlen bereit sind: Welchen Stellenwert hat die Bewahrung einer gemeinsamen politisch-kulturellen Basis für den Bestand der westlichen Welt, die Gestaltung eines partnerschaftlichen Rahmens für die Kooperation der beiden jeweils für den anderen wohl auf Dauer wichtigsten und mächtigsten Handelspartner und schließlich die institutionelle Bindung der USA an Europa als bewährter Garant europäischer Sicherheit und Stabilität sowie erforderlicher Bündnispartner für die Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Nachbarschaft der EU – Fragen, die derzeit offensichtlich nicht ausreichend konsensual beantwortet werden. Als Konsequenz wären die Europäer gefordert, sehr rasch Voraussetzungen zu schaffen, die sicherheitspolitische Debatte mit den USA aus europäischer Perspektive zu führen, um gemeinsame Aufgabenbereiche und aufgabenteilige Maßnahmen festzulegen. Auf europäischer Seite sind als kritische Faktoren neben den militärischen Schwächen das Fehlen zentraler Führungsstrukturen und die Implementierung eines erst in Ansätzen verfügbaren strategischen Denkens zu nennen: Die Entwicklung beider Faktoren ist Grundbedingung für die Etablierung Europas – und nicht einzelner europäischer Mächte – als relevanter Partner der USA. Dazu zählt der Ausbau der ESVP zur einem effektiven Instrument, damit sowohl ein Betrag zur Stabilisierung der NATO geleistet werden kann als

auch Kapazitäten für Europa zur Verfügung stehen für den Fall, dass die USA weder selbst noch über das Bündnis tätig sein wollen. Betrachtet man allerdings die zentralen Themen wie strategischer Terrorismus, Raketenabwehr und Proliferation oder präemptives Eingreifen, wird deutlich, dass in den meisten Staaten der EU eine enorme Kluft zwischen den realen, der Bevölkerung aber auch dem politischen Establishment zumutbaren Erfordernissen und den erst ansatzweise platzgreifenden Konzeptionen der EU besteht. Die Irak-Krise zeigte, dass es für europäische Regierungen oftmals opportuner erscheint, Profil in bewusster Distanzierung von den realen Problemstellungen zu gewinnen und Negativentwicklungen in den Verantwortungsbereich der USA zu transferieren. Die Torpedierung einer kohärenten europäischen Position erfolgte sowohl aus übersteigertem nationalem Positionierungsgehabe als auch in bewusstem Abseitsstehen von High Politics bis hin zu Ausrufung der Neutralität im Einzelfall, aber auch mit einer demonstrativen und bedingungslosen Übernahme amerikanischer Positionen durch einige EU-Beitrittskandidaten. Gerade Letzteres ist neben der traditionellen Rollenverteilung in der „alten“ EU ein weiterer verlässlicher Hinweis, dass europäische Sicherheitspolitik zumindest auf absehbare Zeit auch transatlantisch geprägt sein wird, wobei die Europäer es selbst in der Hand haben, ob dies hegemonial und tendenziell imperial – wie derzeit von den USA angestrebt (Vgl. Link 2003, 139ff.) – oder partnerschaftlich gestaltet sein wird. Unter diesen Voraussetzungen würde jeder Versuch, die EU in ein zu starkes Konkurrenzverhältnis zu den USA zu bringen, eher zur weiteren Marginalisierung – weil Aufspaltung – der EU führen. Die Realität wird den Europäern nicht die Chance geben, die konzeptionellen und institutionellen Fragen so lange zu verwalten, bis sich eine Lösung in ferner Zukunft findet. Im Kampf gegen Massenvernichtungswaffen (etwa des Iran), im Kampf gegen den Terrorismus (etwa in Afghanistan) und in der Stabilisierung des Irak zeigt sich unmittelbar und massiv, wo die transatlantischen Gemeinschaftsaufgaben und der Beitrag Europas als Vasall oder Partner liegen.

4. Militärische Fähigkeiten und Rüstungspolitik

Die militärische Dimension des Verhältnisses zwischen USA und Europa ist eine Funktion der internationalen politisch-strategischen Lage. Mit dem Wegfall einer strategischen militärischen Bedrohung des Westens können die Streitkräfte in einem zunehmenden Maße als Instrument zur Gestaltung und Herbeiführung einer bestimmten internationalen Ordnung dienen. Dabei haben die amerikanischen, aber auch britischen Streitkräfte nicht zuletzt auf Grund des Umstandes, dass sie bereits zur Zeit des Kalten Krieges Fähigkeiten zur Projektion von militärischen Kräften über große Distanzen benötigten, heute – wo diese Eigenschaften von allen westlichen Armeen gefordert werden – entsprechende Entwicklungsvorsprünge. Da es weltweit kein konventionelles militärisches Potenzial gibt, das die USA ernsthaft herausfordern könnte, wurde die amerikanische Streitkräfteplanung von einem bedrohungsorientierten Ansatz zu einem fähigkeitsorientierten Ansatz umgestellt. Während die USA ihre sicherheitspolitischen Konzeptionen sehr rasch auf die neuen Gegebenheiten umstellten und ihre Streitkräfte zu einem globalen Machtprojektionsinstrument transformier(t)en, haben die Europäer die Übergangsperiode der neunziger Jahre vorrangig für einen innereuropäischen Selbstfindungsprozess genutzt und versucht die Friedensdividende in Gestalt von Sozialausgaben zu lukrieren.

Der Begriff der „Transformation“ ist heute der zentrale Schlüsselbegriff in der Weiterentwicklung der Streitkräfte. Die westlichen Armeen werden zunehmend in traditionelle und transformierte Streitkräften unterteilt, wobei die Mehrheit der europäischen Armeen noch an der Territorialverteidigung und an international niedrigen oder mittleren Profilen ausgerichtet ist. Die Fähigkeiten zur Expeditionskriegsführung sind nur ansatzweise

ausgebildet. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen wurden in Europa im Unterschied zu den Vereinigten Staaten noch nicht ausreichend in neue Streitkräftestrukturen umgesetzt. Da traditionelle Streitkräfte nicht in transformierte Streitkräfte integriert werden können, verlieren die traditionell-konventionellen europäischen Streitkräfte ihre Zusammenarbeitsfähigkeit mit den USA. Transformierte Streitkräfte sind „integrated forces exploiting information technology to gain comprehensive awareness and to operate in networks with speed and precise lethality“ (Gompert/Nerlich 2002, 7). Der technologische Hintergrund ist die „netzwerkzentrierte Kriegsführung“ (network centric warfare). Damit ist im Wesentlichen der Verbund von Aufklärungs-, Führungs- und Wirkungssystemen gemeint, um den Faktor der überlegenen „Information“ für die eigenen Zielsetzungen zu nutzen. Diese Fähigkeiten sind insbesondere im Rahmen von „Expeditionary Warfare“-Szenarien von Bedeutung. Der Irak-Krieg hat die Überlegenheit vernetzter (= transformierter) Streitkräfte gegenüber konventionellen Armeen demonstriert. Gleichzeitig wurde aber mit den im Rahmen der Besatzung auftretenden Sicherheitsproblemen der Alliierten auch bewusst, dass der Einsatz von Hochtechnologiesystemen eine in sich begrenzte Option darstellt, mit der ein dauerhafter Friede nicht unmittelbar gewonnen werden kann. Da bisher die EU ihr mögliches internationales Einsatzspektrum auf die Petersberg-Aufgaben eingeschränkt hat, die keine Missionen zur Verteidigung strategischer Interessen der EU vorsehen, war eine kostspielige Transformation der europäischen Armeen nicht vorrangig. Für Stabilisierungsoperationen reichen über weite Strecken traditionelle militärische Fähigkeiten, insbesondere wenn die NATO und die USA im Hintergrund eine allfällige Eskalationsdynamik garantieren, was derzeit etwa am Balkan oder in Afghanistan der Fall ist. Für die zukünftige Streitkräfteplanung der größeren EU-Staaten gibt es drei Möglichkeiten, auf diese von den USA mit hoher Dynamik vorangetriebene Entwicklung zu reagieren: Erstens könnte versucht werden, selbst transformierte Streitkräfte im vollen Spektrum aufzustellen; die zweite Option besteht in der Entwicklung eines limitierten Beitrags zu einer US-geführten Expeditionsstreitmacht, die dritte Möglichkeit wäre die Inkaufnahme der technologischen Lücke und eine damit verbundene Konzentration auf friedenserhaltende Einsätze. Kleinere Staaten haben wohl nur die Option, entweder über einen strategischen Partner am Transformationsprozess teilzuhaben oder durch verstärkte Kooperation untereinander ihre Fähigkeiten weiter zu entwickeln.

Das breite Spektrum der in internationalen Einsätzen erforderlichen Fähigkeiten wird zu einer stärkeren Differenzierung der Armeen führen, wobei heute drei Kategorien von Streitkräften genannt werden: Heimatschutzkräfte, Stabilisierungskräfte und Eingreifkräfte (Expeditionary Warfare). Stabilisierungskräfte für friedenserhaltende Einsätze müssen vernetzbar sein und sich gegen einen teilweise militärisch organisierten, überwiegend jedoch asymmetrisch operierenden Gegner bei minimierten eigenen Verlusten durchsetzen können, Interventionskräfte müssen teilstreitkräfteübergreifend uneingeschränkt zu vernetzten Operationen befähigt sein (Vgl. Schneiderhahn 2003). Besonders die drei militärisch bedeutenden EU-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland sind gefordert, sich auf diese neuen Gegebenheiten einzustellen. Eine Konkurrenzierung der USA im Bereich der strategischen militärischen Fähigkeiten ist aber weder finanzierbar noch politisch notwendig.

4.1 Die Vereinigten Staaten: Militärischer Hegemon mit Grenzen

Die globalen militärischen Realitäten sind bestimmt durch eine Dominanz der USA im strategischen Bereich, das heißt in der (Hoch-)Seekriegsführung, der Luftkriegsführung, in der militärischen Nutzung des Weltraums sowie in der Landkriegsführung über weite Distanzen. Die Verteidigungsdoktrin der USA ist von dem Plan der Administration Clinton,

gleichzeitig zwei größere Kriege führen zu können, abgegangen und hat als militärisches Fähigkeitsziel das „4-2-1“-Prinzip. Dieser Doktrin zufolge sollen die US-Streitkräfte in der Lage sein, in vier Räumen gleichzeitig eine abschreckende Wirkung zu erzielen, in zwei Regionen Gegenangriffe durchzuführen und wenn notwendig eine gegnerische Hauptstadt zu nehmen.¹⁰

Die strategische Überlegenheit der USA in der (Hoch-)Seekriegsführung stützt sich vor allem auf die aktuell 54 Nuclear Attack Submarines (SSNs) und 12 Flugzeugträgergruppen (davon 9 atomgetrieben) ab. Außer Frankreich, das über einen Flugzeugträger verfügt, besitzt kein weiterer Staat atomgetriebene Träger. Jüngsten Planungen zufolge will die EU ab dem Jahr 2008 einen permanent einsatzbereiten Flugzeugträger zur Verfügung haben. Bei einem Stückpreis von ein bis zwei Milliarden US-Dollar ist verständlich, dass weder Frankreich noch auch beispielsweise China (zumindest nicht vor 2005) über SSNs verfügen, während die USA planen, etwa alle zwei Jahre drei neue SSNs in Dienst zu stellen. Großbritannien hat drei neue SSN geordert und aktuell ein Nuclear Attack Submarine in Konstruktion (Vgl. Baker 2002, 33–36).

Die Überlegenheit in der Luft wird vor allem durch moderne Systeme zur Unterdrückung gegnerischer Luftabwehrmaßnahmen erzielt. Ab einer Höhe von 5000 Meter ist die US-Luftwaffe heute praktisch kaum angreifbar. Ein weiterer zentraler Aspekt globaler militärischer Machtprojektion ist der strategische Lufttransport. Während die USA eine Flotte von rund 250 strategischen Transportflugzeugen einsatzbereit haben, haben alle EU-Staaten zusammen genommen gerade 4 britische Maschinen vom Typ C-17 zur Verfügung.

Die Dominanz der USA bei der militärischen Nutzung des Weltraums kommt in den rund 100 militärischen und etwa 150 zivilen Satelliten zum Ausdruck (Loeb 2001, 17). In der Vorbereitung des Irak-Krieges im Frühjahr 2003 wurden davon etwa 50 Satelliten zum Einsatz gebracht. Für punktgenaue Waffeneinsätze aus der Luft oder von See aus haben die USA seit 1995 beinahe 120 000 Präzisionswaffen im Umfang von rund 18 Milliarden Dollar beschafft.¹¹

Zu Beginn der Ära George W. Bush sorgte das Projekt einer nationalen Raketenabwehr verbunden mit der Kündigung des Anti-Ballistic-Missile- (ABM) Vertrages im Dezember 2001 für heftige transatlantische Turbulenzen. Während die Europäer einen neuen Rüstungswettlauf befürchteten, ist für Washington ein Raketenabwehrschirm angesichts der geänderten Bedrohungslage unverzichtbar. Die Ernsthaftigkeit des US-Engagements zeigt sich in dieser Frage nicht zuletzt in dem Umstand, dass das Budget für Raketenabwehr von 3,7 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 2000 auf 7,7 Milliarden im Jahr 2004 erhöht wurde (Vgl. Grams/Irlenkaeuser 2004, 33). Sollte ein Raketenschutzschirm nur über den Vereinigten Staaten installiert werden, würde dies innerhalb des transatlantischen Bündnisses offenkundig zu zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit führen. Angesichts der Entschlossenheit der USA und erster technologischer Fortschritte wurde auf dem NATO-Gipfel in Prag eine Machbarkeitsstudie mit dem Ziel in Auftrag gegeben, unterschiedliche Optionen für den Schutz von NATO-Staaten und deren Streitkräfte gegen das gesamte Spektrum ballistischer Raketen zu entwickeln. Die Europäische Union hat in dieser Frage noch keine

¹⁰ Vgl. U.S. Department of Defense, Quadrennial Defense Review Report, Washington, September 2001, S. 20-21.

¹¹ General Accounting Office, Weapons Acquisition: Precision-Guided Munitions in Inventory, Production, and Development, p. 12.

Politik entwickelt, und auch die EU-Sicherheitsstrategie spricht zwar die Bedrohung an, nicht aber das Erfordernis einer europäischen Raketenabwehr, was heißt, dass die Initiative den USA beziehungsweise der NATO zu überlassen wird.

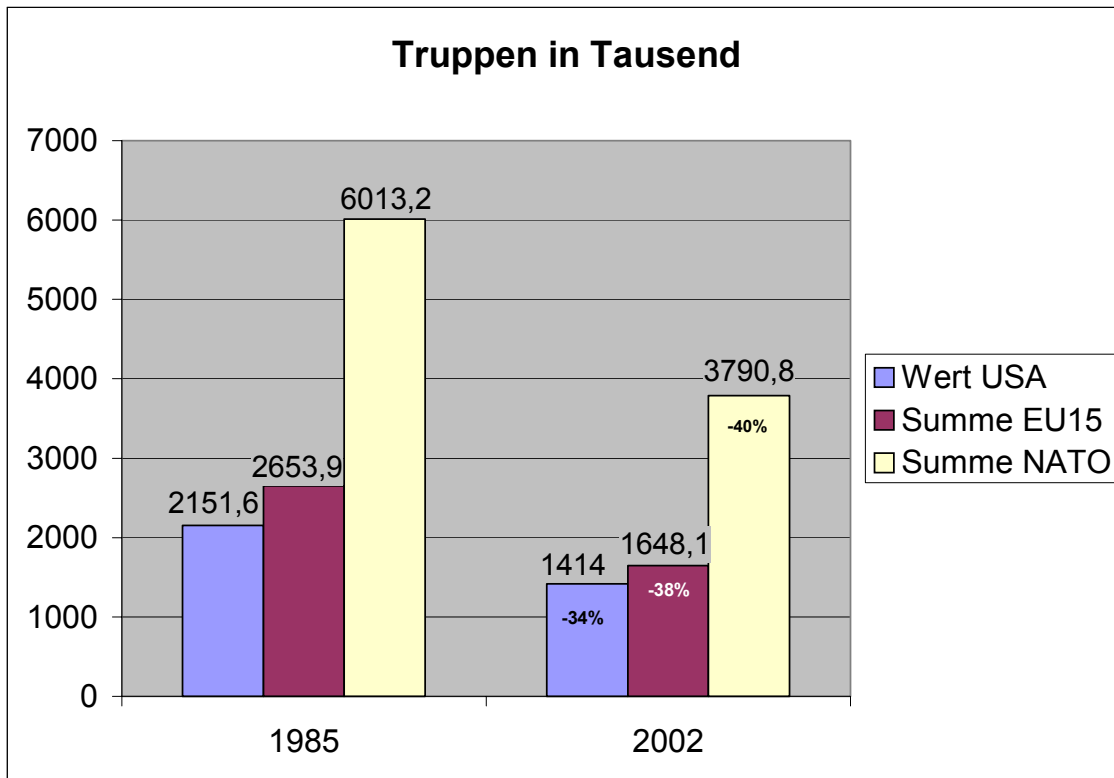
Ein weiteres Element der militärischen Suprematie-Strategie der USA sind ihre globalen Kommandostrukturen und Militärstützpunkte. Die USA unterhalten laut Base Structure Report 2003 des amerikanischen Verteidigungsministeriums rund 700 Militärbasen in über 130 Staaten.¹² Mit der NATO-Osterweiterung wird sich die Dislozierungsstruktur der US-Kräfte Richtung Ost- und Südeuropa verändern, um damit näher am südlichen Krisenbogen aufgestellt zu sein. Im Gefolge der Ereignisse nach dem 11. September hat die USA auch Stützpunkte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, in Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan eingerichtet. Darüber hinaus haben die USA in strategisch wichtigen Regionen in Asien, Europa und am Persischen Golf im Laufe der neunziger Jahre militärisches Gerät für rund zehn Brigade-Äquivalente ausgelagert.

Während die Streitkräfte der Vereinigten Staaten also im strategischen Bereich nahezu unangreifbar sind, steigt ihre Verwundbarkeit mit der abnehmenden Distanz zum Gegner. In einem asymmetrisch geführten Kampf auf kurze Distanz ist es durchaus möglich, dass die USA unverhältnismäßig hohe Verluste in Kauf nehmen müssen. Die Grenzen der amerikanischen Überlegenheiten sind zugleich die „contested zones“ (Vgl. Posen 2003, 5-46), in denen Gegner der Vereinigten Staaten ihre eigenen Stärken zur Geltung bringen können. Diese Grenzen liegen in der Seekriegsführung im küstennahen Kampf, in den sogenannten „brown water“-Zonen, in denen Minen, Torpedoboote und tragbare Raketen zum Einsatz gelangen können. Die Grenzen der Luftkriegsführung sind die durch tragbare Lenkwaffen gefährdeten Bereiche unter 5000 Meter. Das gravierendste Limit militärischer Machtprojektion der USA ist aber wahrscheinlich im Bereich der Bodentruppen gegeben, weil insbesondere Einsätze im urbanen Bereich sehr personalintensiv sind. Mit Stand Februar 2004 befinden sich rund 250 000 amerikanische Soldaten weltweit im Einsatz, mit den in Europa und Asien routinemäßig stationierten Soldaten sind es rund 350 000.¹³ Damit muss davon ausgegangen werden, dass der militärstrategische Handlungsrahmen der Vereinigten Staaten, zumindest solange nicht ein Großteil ihrer rund 20 aktiven Kampfbrigaden im Irak durch Verbündete abgelöst wird, keine größeren Bodenoperationen zulässt. Die USA planen daher auch, die im Irak gebundenen Truppen auf die Hälfte des derzeitigen Umfangs zu reduzieren, was wohl nur mit massiver europäischer Unterstützung möglich erscheint. Die Weichen hierzu könnten am NATO-Gipfel in Istanbul im Juni 2004 gestellt werden.

Darüber hinaus zeigen die ersten „lessons learned“ aus dem Irak-Krieg, dass die USA insbesondere im Bereich der vielschichtigen und langwierigen Stabilisierungsaufgaben rasch ihre Kapazitätsgrenzen erreichen und bereits überlegen, eigene Truppen für diese Zwecke bereitzustellen (Vgl. Binnendijk/Johnson 2003 und Edwards 2003). Dies eröffnet ein weiteres Feld komplementärer sicherheitspolitischer Beiträge Europas.

¹² Vgl. http://www.acq.osd.mil/ie/irm/irm_library/bsr_fy03_baseline.pdf.

¹³ <http://www.globalsecurity.org/military/ops/global-deployments.htm>.

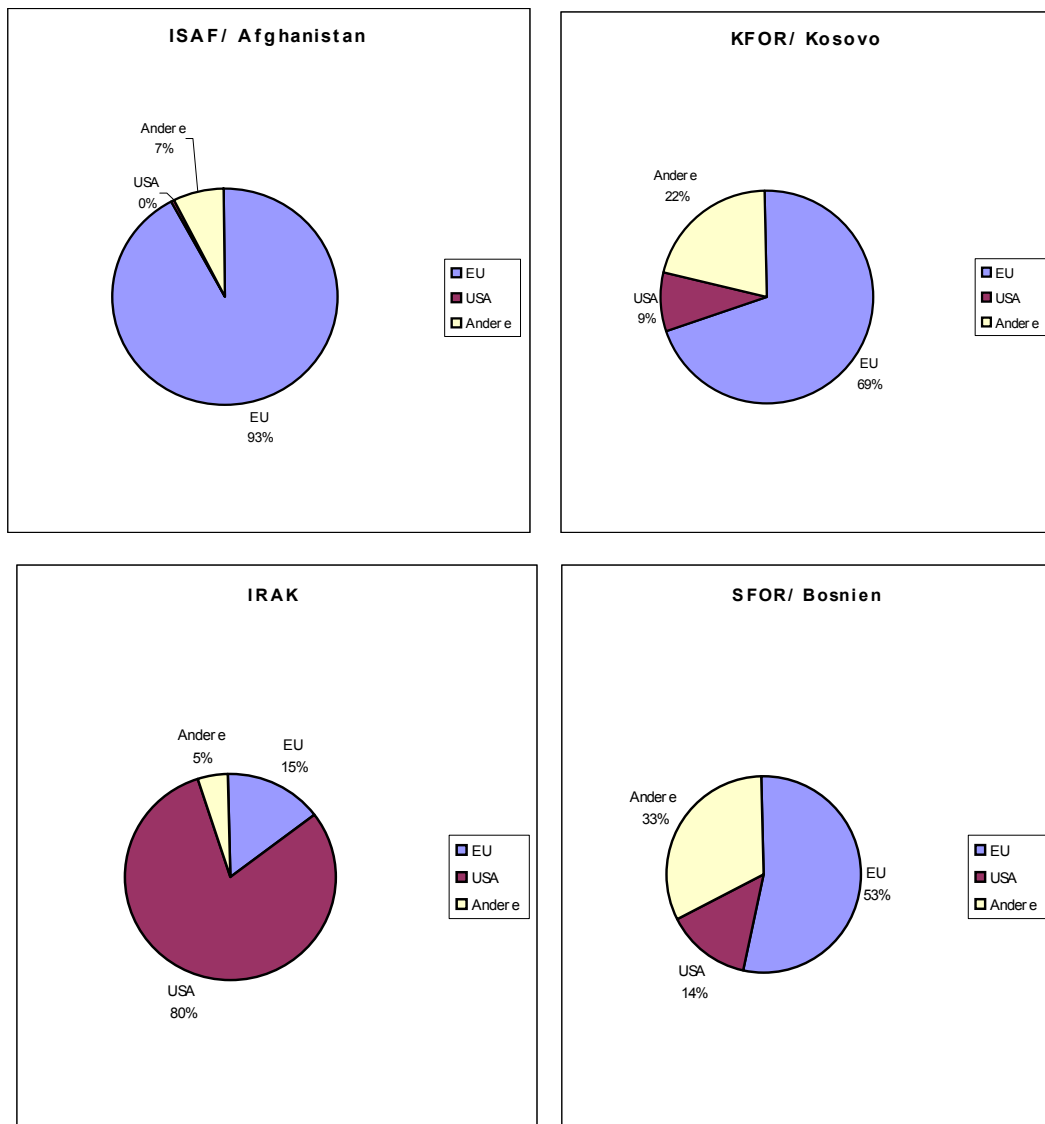


Graphik 4: Truppenstärke USA–EU–NATO

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass insbesondere im Bereich der „contested zones“ komplementäre militärische Fähigkeiten der Europäer gefragt sind. Neben dem erforderlichen eigenen Bedarf an Streitkräften zur eigenständigen Wahrung vitaler europäischer Sicherheitsinteressen könnten die Europäer daher vorrangig in diesen Bereichen investieren.

internationalen Einsatzprofile der Vereinigten Staaten und der EU. Besonders deutlich wird dabei der Umstand, dass die Europäer mit Ausnahme des Irak den überwiegenden Anteil der Bodentruppen stellen.

Graphik 5: Beiträge zu wichtigen internationalen Operationen

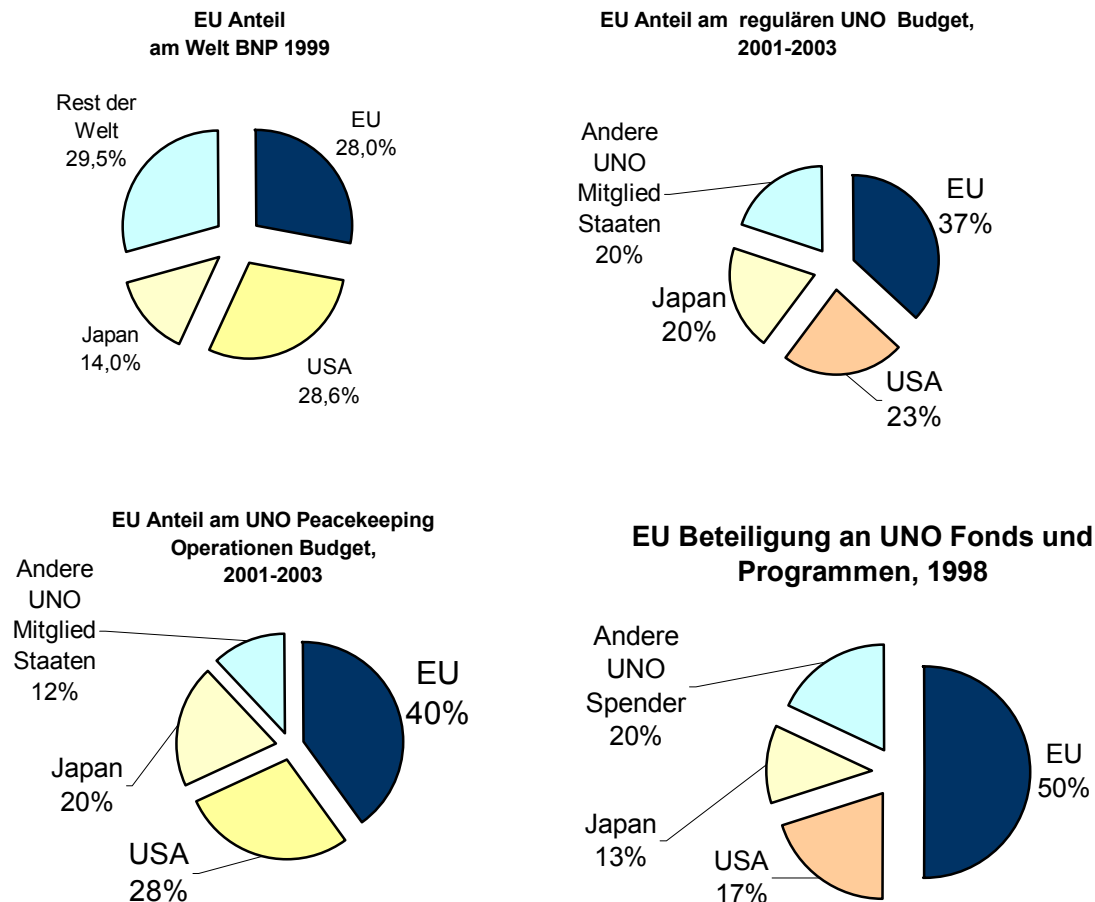


Quelle: ISS Bericht, Stand: Jänner 2004

Eine umfassende Betrachtung der transatlantischen „Lastenteilungsdebatte“ hat auch die Anteile der EU an UN-Peacekeeping, UN-Programmen und deren Finanzierung sowie die sonstigen Entwicklungshilfegelder der EU-Staaten zu berücksichtigen (siehe Graphik 6).

Während die EU nur 28 Prozent des weltweiten Bruttonationalproduktes (BNP) generiert, bedeckt sie zu 37 Prozent das reguläre UNO-Budget, zu 40 Prozent das Peacekeeping Budget und gar zu 50 Prozent die Spezialfonds und UNO-Hilfsprogramme. Es wird ersichtlich, dass die EU in absoluten Zahlen und sogar noch stärker relativ zu ihrer tatsächlichen Wirtschaftskraft der größte Geldgeber für die UNO sowie deren humanitäre Projekte und Peacekeeping-Operationen ist.

Graphik 6: Anteil der EU an der UNO-Finanzierung



Quelle: Offizielle EU-Statistik, 2003.

Auch Franz H.U. Borkenhagen erkennt in seiner Studie „Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ eine massive Beteiligung der EU im Rahmen des finanziellen Aspekts des Burden Sharing (Borkenhagen 2004, 7f):

„Der Anteil der EU-Mitgliedstaaten am regulären Budget der VN beträgt heute nahezu 40%; zum Budget für friedenserhaltende Maßnahmen tragen die Mitgliedstaaten der EU knapp 40%, zu den VN-Programmen nahezu 50% bei.“

Und weiter:

„Hinsichtlich der Zahlung von Entwicklungshilfe liegen die Mitgliedstaaten der EU mit knapp 32 Mrd. Dollar an der Spitze der Geberstaaten. Sie wenden damit doppelt soviel auf wie Japan und die USA zusammen.“

4.2 Die Europäische Union: Militärisches Mittelgewicht mit Ambition

Die ESVP der EU soll die Wirksamkeit ihrer GASP erhöhen und sie dazu befähigen, „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ eigenständig durchzuführen. Diese so genannten Petersberg-Missionen, die 1992 zunächst von der Westeuropäischen Union (WEU) beschlossen wurden, sind Instrumente der Krisenbewältigung.

Zusätzlich zu den hierzu erforderlichen militärischen Fähigkeiten hat die EU auch beschlossen, die nicht-militärischen Fähigkeiten bei der internationalen Krisenbewältigung zu stärken. Zu diesem Zweck wurde ein Komitee für ziviles Krisenmanagement eingesetzt, um die verschiedenen nicht-militärischen Ressourcen, die der Union und ihren Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen, zu koordinieren und ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Derzeitige Schwerpunkte der Bemühungen sind der Aufbau eines schnell einsatzfähigen, entsprechend ausgebildeten Pools an Polizeikräften für EU- und andere internationale Missionen (UN, OSZE, die Stärkung des Rechtsstaates, insbesondere durch Mithilfe bei der Wiederherstellung des Gerichts- und Strafvollzugswesens, die Unterstützung beim Wiederaufbau ziviler Verwaltungsstrukturen sowie die Verbesserung des Einsatzes bestehender Kapazitäten für Zivil- und Katastrophenschutz).

4.2.1 Die jüngere Geschichte der europäischen Sicherheitspolitik

Die neuere Geschichte der ESVP kann in die Phasen 1999 bis 2003 und ab 2004 eingeteilt werden. In der ersten Phase standen die Entwicklung der erforderlichen Institutionen, die Übernahme erster militärischer Operationen sowie eine auf freiwilligen nationalen Beiträgen basierende Kooperation zwischen europäischen Streitkräften zum Zwecke der Realisierung des sogenannten Helsinki Headline Goals im Vordergrund. Mit Beginn 2004 tritt die europäische Sicherheitspolitik in eine neue Entwicklungsphase. Es gilt, die Zielsetzungen der europäischen Sicherheitsstrategie sowie des Verfassungsentwurfes umzusetzen und Europa eine größere Sichtbarkeit in der internationalen Politik zu geben. Im Hinblick auf die Streitkräfteentwicklung besteht die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre darin, die europäischen Armeen zu transformieren, beziehungsweise im US-dominierten Streitkräfte-Transformationsprozess einen spezifischen europäischen Ansatz zu entwickeln.

Die jüngere Geschichte der Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik wurde als GASP der EU 1992 im Vertrag von Maastricht geschaffen und bezieht seit dem Vertrag von Amsterdam auch die ESVP mit ein. In ihren ersten Jahren war die Entwicklung der ESVP wenig beeindruckend: Europäische Operationen im Rahmen der WEU beschränkten sich auf die Durchsetzung von UN-Embargos, Monitoring mit Hilfe des Satellitenzentrums der WEU und Entminungsmissionen. Es gab jedenfalls nicht den politischen Willen, groß angelegte europäisch geführte Militäroperationen in risikoreicher Umgebung durchzuführen.

Das französisch-britische Treffen im Dezember 1998 in St. Malo brachte eine Wende. Die neue Regierung des britischen Premierministers Tony Blair versuchte, durch eine Reihe von Initiativen im Bereich der ESVP ihre Position in der EU zu verbessern. Der britische Premier und der französische Präsident stimmten bei ihrem Treffen in St. Malo überein, dass die EU die „Fähigkeit zu autonomem Handeln“ haben sollte. Die institutionelle Debatte wurde durch eine Diskussion über die erforderlichen militärischen Kapazitäten ergänzt.

Der Mangel an diesen Kapazitäten wurde ein Jahr später im Zuge des Kosovo-Krieges offengelegt, in dem die Amerikaner praktisch allein die Luftkampagne führten. Aufgrund

unzureichender Koordination und aufgrund der Tatsache, dass die Heeresstrukturen aus dem Kalten Krieg stammen, erhielten und erhalten die Europäer disproportional geringe Erträge aus ihren Verteidigungsinvestitionen. Obwohl ihr gemeinsames Verteidigungsbudget 65% des amerikanischen Budgets beträgt, verfügen sie auch heute noch nur über etwa 10% der amerikanischen Mittel.

Unter dem Eindruck der Kosovo-Krise haben die Regierungen der EU-Staaten erkannt, dass eine glaubwürdige GASP und eine globale politische Rolle der EU ohne eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht möglich sind. Der Umstand, dass fast drei Viertel der Luftangriffe von den USA geflogen wurde, hatte auch zur Folge, dass nicht der NATO-Rat, sondern das US-Oberkommando die militärischen Ziel- und Operationsplanungen erstellte.¹⁴

Um in Zukunft solche Krisen autonom bewältigen zu können, gab sich die EU auf dem Gipfel von Köln im Juni 1999 in einem ersten Schritt entsprechende Strukturen (ein Politisches- und Sicherheitskomitee, ein Militärkomitee und einen Militärstab), die laufende sicherheitspolitische Beratungen und im Falle einer Krise rasche Entscheidungen ermöglichen sollen, wobei dem Hohen Vertreter für die GASP und seiner Planungs- und Frühwarninheit ein besonderer Stellenwert zu kommt. Auf dem Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 fiel die Entscheidung, bis 2003 eine Militärtruppe aufzustellen und das sogenannte Helsinki Headline Goal zu erreichen. Diese Militärtruppe sollte sechzigtausend Soldaten umfassen, die binnen sechzig Tagen einsetzbar sind und für Operationen von bis zu einjähriger Dauer zur Verfügung stehen. Die Eingreiftruppe der EU sollte sich aus einem Pool von mehr als 100 000 Soldaten, 400 Kampfflugzeugen und 100 Kriegsschiffen zusammensetzen.

Die Bodentruppen sollten fähig sein, die anspruchsvollsten Petersberg-Aufgaben auszuführen, von groß angelegter Friedenssicherung bis hin zu größeren Kampfoperationen in risikoreicher Umgebung. Von den europäischen Staats- und Regierungschefs wurde in Helsinki zwar betont, dass die europäischen Truppen keine Konkurrenz zur NATO darstellen, aber gleichzeitig auch festgehalten, dass die EU anstrebe „autonome Beschlüsse zu fassen und in Fällen, in denen die Allianz nicht als Ganzes beteiligt ist, [...] militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen“.¹⁵ Die Reaktion der USA war ablehnend: US-Verteidigungsminister Cohen warf Großbritannien vor, die NATO zu gefährden, um mehr Mitsprache innerhalb der EU zu erhalten, Deutschland, zu wenig für die Verteidigung auszugeben, und Frankreich, die Rolle der USA in Europa schwächen zu wollen (Vgl. Bierling 2002, 642).

¹⁴ Dennoch waren die USA mit dieser Art von Koalitionskriegsführung, bei der alle NATO-Staaten bei der Zielauswahl mitreden wollten, sehr unzufrieden.

¹⁵ Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Helsinki, 10./11.12.1999, II/27.

Tabelle 2: Ausgewählte Beiträge zum Helsinki Headline Goal

	Maritime	Ground (No. of personnel)	Air
A		1 mech inf bn for PKO only 1 lt inf bn 1 NBC unit (2,000)	1 tpt hel sqn
Be	2 frigates 6 MCMV 1 comd ship	1 mech inf bde	1 sqn F-16 (24) 8 C-1302 airbus
SF		1 mech inf bn 1 tpt coy 1 Civil-Military Cooperation (CIMIC) coy (2,000)	
Fr	1 SSN 2 aircraft carriers (22 cbt ac each) 2 amph ships 4 frigates 3 spt ships	HQs and C4ISR 1 lt inf bde 1 armd div 1 AI3 div 1 amph div SF (12,000)	1 air-naval group 75 cbt ac 1 AWACS 8 tanken ac 3 tpt ac (long-range) 24 tpt ac (mid-range)
Ge	13 ships 1 amph tpt ship	HQ GE/NE Corps 18,000 (all elements) incl 7 cbt bns	6 sqns cbt ac 8 AD sqns
Gr	8 ships	1 op HQ 1 mech inf bde 1 lt inf bn	1 cbt hel unit 1 tpt hel unit 42 cbt ac 4 tpt ac 1 Patriot AD bn 1 SHORAD sqn
Irl		1 lt inf bn SF gp (850 total)	
It	1 maritime HQ 1 aircraft carrier (6 cbt ac, 8 hel) 1 destroyer 3 frigates 4 ptl ships 1 submarine 4 MCMV 2 amph ships	Op level HQ and C31 Corps level HQ 1 Civil-Military Cooperation gp SF (12,500-14,500)	26 Tornado and AMX cbt ac 6 CSAR hel 4 C-130J ac 2 tanker ac 3 MPA 2 SHORAD units
Lu		1 lt recce unit	1 A-400M
Ni	1 LPD AD and Comd frigates frigates - n.k.	HQ of 1 GE/NE Corps 1 mech inf bde 1 airmob bde 1 amph bn	1 air bde F-16 ac
Por	1 frigate 1 submarine 1 ptl boat 1 sp ship 1 svy ship	1 inf bde (4,000)	12 F-16 4 C-130 Hercules 72 C-212 tac tpt ac 3 MPA 4 Puma hel
Sp		1 div, 1 bde HQs 1 mech bde mtn units 1 lt inf gp SF	Air-navy unit 2 sqns F-1 /F-18 cbt ac [24 in total] 1 tpt sqn
Swe	2 corvettes 1 sp ship	1 mec inf bn (900) 1 engr unit (175) 1 MP unit (160) 1 marine unit (206)	4 AJS 37 ac (to be 8 JAS 39 in 2004) 4 C-130
UK	1 aircraft carrier 2 SSN 4 destroyer/frigate 1 hel carrier	1 mobile Joint HQ 1 armd/mech bde 1 amph bde (12,500)	72 cbt ac 58 strat tpt ac and Chinook/Merlin hel

Quelle: Military Balance 2002/2003, S. 30.

Die militärischen Beiträge beruhen auf freiwilligen nationalen Zusagen, über deren konkreten Einsatz die EU-Mitgliedsstaaten von Fall zu Fall entscheiden, und der für den Einsatz dieser Truppen entscheidende „strategische Überbau“ (Führungs- und Kommunikationsmittel, strategische Transportmittel, Präzisionsmunition etc.) kann von keinem der EU-Staaten eingebracht werden. Es war daher klar, dass die EU bis zur Schaffung eigener strategischer Mittel und Fähigkeiten auf Mittel der NATO (sprich der USA) angewiesen sein würde. Eine wichtige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit war daher von Anfang an eine enge euroatlantische Partnerschaft, die auf vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen EU und NATO sowie auf den Prinzipien der Komplementarität und gegenseitigen Unterstützung beruht. Vertraglich wurden die komplizierten Verhandlungen durch die sogenannten „Berlin Plus“-Verträge vom Dezember 2002 finalisiert. Diese Verträge erlauben den gesicherten Rückgriff auf NATO-Mittel und ermöglichen NATO-unterstützte EU-Operationen. Die erste solche mittlerweile abgeschlossene EU-Militärmission, die Operation „Concordia“, fand in Mazedonien statt. Im Sommer 2003 führte die EU ihre erste rein europäische (französisch dominierte) Operation Artemis im Kongo aus. Diese dreimonatige Operation wurde Mitte September erfolgreich beendet. Das Jahr 2004 wird durch die Anstrengungen der EU, auf der Basis von „Berlin Plus“ die Nachfolgeoperation von SFOR in Bosnien gegen Ende des Jahres zu übernehmen, geprägt sein.

Im Wesentlichen lassen sich drei zentrale politische Motive der Europäer für die Entwicklung einer ESVP feststellen. Das erste Motiv ist verbunden mit dem spätestens seit dem Kosovo-Krieg bewusst gewordenen Umstand, dass das US-Engagement für europäische Sicherheitsbelange nicht länger als garantiert angenommen werden kann, weil sich die USA entweder in bestimmte europäische Krisen nicht einmischen wollen oder aber die amerikanische Art der primär an militärischen Aspekten orientierten Konfliktlösung den Europäern nicht immer als angemessen erscheint. Ein zweiter Antrieb zur Stärkung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Europas ist das Gleichgewichts-Argument, welches von der These ausgeht, dass ein militärisch ohnmächtiges Europa auf Sicht auch keinen gestaltenden Einfluss in der Region und auch nicht gegenüber den Vereinigten Staaten geltend machen kann. Drittens haben viele europäische Regierungen erkannt, dass ihre Bevölkerungen eher zu vermehrten Verteidigungs- und Sicherheitsanstrengungen zu bewegen sind, wenn diese im Namen der europäischen Einigung, der Stabilisierung des eigenen Umfeldes und im Dienste des Völkerrechts geleistet werden, als wenn sie mit der Aufrechterhaltung der NATO und der Stärkung der transatlantischen Partnerschaft argumentiert werden.

4.2.2 Das europäische Problem der militärischen Kapazitäten

Auch wenn die Anzahl der verfügbaren Divisionen nicht der einzige Prüfstein der europäischen Sicherheitspolitik sein kann, spielen die verfügbaren militärischen Kapazitäten eine Rolle und limitieren den politischen Handlungsspielraum der EU.

Die Mängel der europäischen Armeen liegen vor allem in den Bereichen C4ISTAR (Command, control, communication, computer and intelligence, surveillance, target acquisition), strategischer Luftransport, Spezialeinsatzkräfte und Präzisionsmunition.

Im November 2001 wurde daher der sogenannte European Capability Action Plan (ECAP) gestartet, der diese Mängel durch erhöhte Kooperation und verstärkte europäische Anstrengungen sowie gemeinsame Rüstungsprojekte schrittweise beseitigen sollte. Der gesamte ECAP-Prozess unterliegt einem auf freiwilligen nationalen Beiträgen basierenden „bottom-up“-Ansatz und ist im Wesentlichen immer noch auf die Bereitstellung

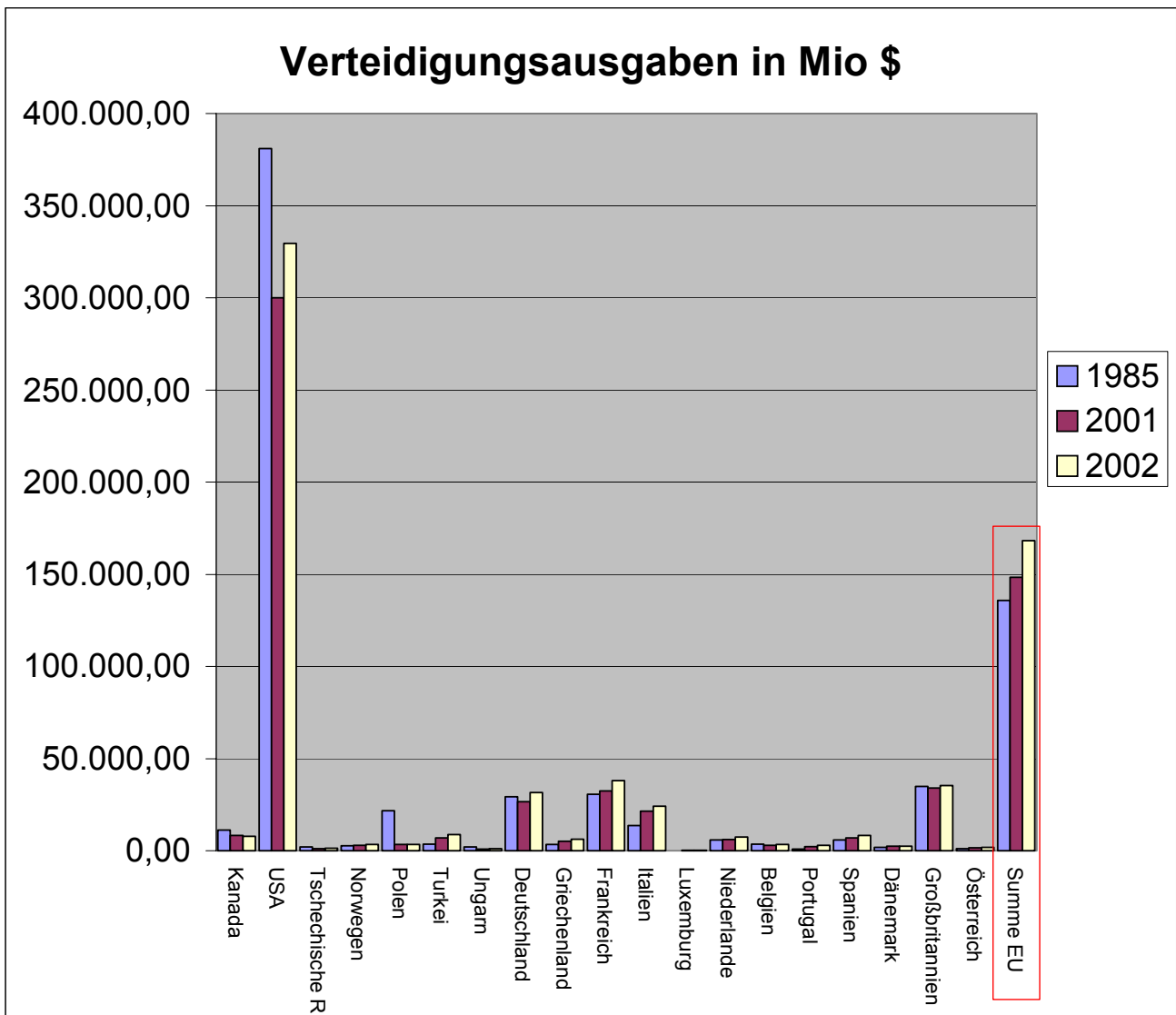
„traditioneller“ militärischer Fähigkeiten in einem europäischen Rahmen ausgelegt. Eine Transformation der europäischen Streitkräfte zu modernen vernetzten Interventionskräften nach dem Muster der USA lag bisher außerhalb der Kernzielsetzung dieses Projekts. Da eine Transformation der europäischen Streitkräfte nicht in einem Ansatz möglich sein wird, müssen realistische Zwischenstufen eingezogen werden. Dabei werden die Europäer aufgrund der im Verhältnis zu den USA beschränkten eigenen Ressourcen das Schwergewicht zunächst wohl auf Fähigkeiten für Stabilisierungsoperationen legen müssen, aber mit der Ambition zur Durchführung primärer Interventionen.

Das in Zahlen gegossene verteidigungspolitische Profil Europas und der Vereinigten Staaten ergibt das in der folgenden Graphik und den folgenden Tabellen dargestellte Bild.

Tabelle 3: Verteidigungsausgaben – ausgehend von absoluten Zahlen

	Verteidigungsausgaben in Millionen US Dollar			Anteil einzelner Staaten innerhalb NATO		Anteil einzelner Staaten innerhalb EU		Tatsächl. Ausg. % BIP2002 lt. Anderem Blatt	Annahme: EU Konvergenzkriterium min. 2% Verteidigungsausgaben	Mio US\$	Steigerung in Mio \$	Veränderung in % (100= keine Auswirkung)	
	1985	2001	2002	1985	2002	1985	2002						
NATO	Kanada	11.164,00	8.326,00	7.771,00	2,01	1,51			1,1				
	USA	380.899,00	299.917,00	329.616,00	68,73	63,97			3,3				
	Tschechische R.	2.038,00	1.158,00	1.401,00	0,37	0,27			1,5				
	Norwegen	2.651,00	2.884,00	3.434,00	0,48	0,67			1,9				
	Polen	21.644,00	3.436,00	3.400,00	3,91	0,66			1,9				
	Türkei	3.489,00	7.018,00	8.727,00	0,63	1,69			5,1				
	Ungarn	2.060,00	902,00	1.083,00	0,37	0,21			1,8				
NATO und EU	Deutschland	29.393,00	26.729,00	31.465,00	5,30	6,11	21,65	18,71	1,5	2,0	41.953,33	10.488,33	133,33
	Griechenland	3.439,00	5.245,00	6.154,00	0,62	1,19	2,53	3,66	4,4	4,4	6.154,00	0,00	100,00
	Frankreich	30.659,00	32.438,00	38.005,00	5,53	7,38	22,58	22,60	2,5	2,5	38.005,00	0,00	100,00
	Italien	13.729,00	21.528,00	24.210,00	2,48	4,70	10,11	14,40	1,9	2,0	25.484,21	1.274,21	105,26
	Luxemburg	74,00	156,00	193,00	0,01	0,04	0,05	0,11	0,9	2,0	428,89	235,89	222,22
	Niederlande	5.731,00	6.083,00	7.330,00	1,03	1,42	4,22	4,36	1,6	2,0	9.162,50	1.832,50	125,00

	Belgien	3.583,00	2.953,00	3.435,00	0,65	0,67	2,64	2,04	1,3	2,0	5.284,62	1.849,62	153,85
	Portugal	964,00	2.277,00	2.945,00	0,17	0,57	0,71	1,75	2,3	2,3	2.945,00	0,00	100,00
	Spanien	5.856,00	7.007,00	8.253,00	1,06	1,60	4,31	4,91	1,2	2,0	13.755,00	5.502,00	166,67
	Dänemark	1.858,00	2.456,00	2.564,00	0,34	0,50	1,37	1,52	1,6	2,0	3.205,00	641,00	125,00
	Großbritannien	35.003,00	33.967,00	35.249,00	6,32	6,84	25,78	20,96	2,4	2,4	35.249,00	0,00	100,00
Non-NATO EU	Österreich	1.124,00	1.459,00	1.699,00			0,83	1,01	0,8	2,0	4.247,50	2.548,50	250,00
	Irland	278,00	647,00	718,00			0,20	0,43	0,6	2,0	2.393,33	1.675,33	333,33
	Finnland	1.308,00	1.420,00	1.970,00			0,96	1,17	1,4	2,0	2.814,29	844,29	142,86
	Schweden	2.776,00	3.867,00	3.947,00			2,04	2,35	1,7	2,0	4.643,53	696,53	117,65
		1985	2001	2002									
Wert USA		380.899,00	299.917,00	329.616,00									
Summe NATO		554.234,00	464.480,00	515.235,00	100,00	100,00					Ausgaben gesamt	Steigerung	
Summe EU		135.775,00	148.232,00	168.137,00			100,00	100,00			195.725,20	27.588,20	
Quelle: Military Balance 2003/04, S.335 und eigene Berechnungen.										lt. Annahme Mit D ohne Korrekturfaktor	185.236,86	17.099,86	



Graphik 7: Verteidigungsausgaben

Die durchschnittlichen Verteidigungsausgaben der EU-15 sind von 1992 bis 2002 von 2,51 Prozent auf 1,74 Prozent gesunken, was einem durchschnittlichen Aufwand von 1,87 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht, während der Anteil der Verteidigungsausgaben der USA von 4,8 Prozent auf 3,3 Prozent sank, was einem Durchschnittsaufwand von 3,73 Prozent entspricht.

Tabelle 4: Verteidigungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes 1985 - 2002

						Durchschnittsaufwand im Zeitraum 1992–2002
		1985	1992	2000	2002	
NATO	Kanada	2,2	1,9	1,2	1,1	1,40
	USA	6,5	4,8	3,1	3,3	3,73
	Tschechische R.	8,2		2,2	1,5	1,85
	Norwegen	3,1	3,0	1,8	1,9	2,23
	Polen	8,1	2,3	2,0	1,9	2,07
	Türkei	4,5	3,7	4,9	5,1	4,57
	Ungarn	7,2	2,2	1,8	1,8	1,93
NATO und EU	Deutschland	3,2	2,1	1,5	1,5	1,70
	Griechenland	7,0	4,5	4,6	4,4	4,50
	Frankreich	4,0	3,4	2,5	2,5	2,80
	Italien	2,3	2,1	2,0	1,9	2,00
	Luxemburg	0,9	0,9	0,8	0,9	0,87
	Niederlande	3,1	2,5	1,6	1,6	1,90
	Belgien	3,0	1,8	1,3	1,3	1,47
	Portugal	3,1	2,7	2,1	2,3	2,37
	Spanien	2,4	1,6	1,2	1,2	1,33
	Dänemark	2,2	1,9	1,6	1,6	1,70
	Großbritannien	5,2	4,1	2,5	2,4	3,00
Non-NATO EU	Österreich	1,2		0,8	0,8	0,80
	Irland	1,0		0,5	0,6	0,55
	Finnland	1,2		1,2	1,4	1,30
	Schweden	1,9		1,9	1,7	1,80
		1985	1992	2000	2002	
Daraus ergibt sich:	NATO gesamt	4,23	2,68	2,15	2,12	2,30
	USA	6,50	4,80	3,10	3,30	3,73
	EU-15 gesamt	2,78	2,51	1,74	1,74	1,87
	Allianzfreie	1,33		1,10	1,13	1,11

Quelle: Military Balance 2003/04 und eigene Berechnungen

Die Gesamtkosten für die Realisierung des Headline Goal überschreiten die finanziellen Ressourcen der Mitglieder bei weitem, was eine (langfristige) gemeinsame Anstrengung im europäischen Rahmen nahe legt. Das Gesamtvolumen entspricht Schätzungen zu Folge jährlichen Kosten von 20 bis 31 Milliarden Euro für einen Zeitraum von 10 Jahren, was eine durchschnittliche Anhebung der europäischen Verteidigungsbudgets von derzeit 1,8 Prozent auf etwa 2,3 bis 2,5 Prozent – noch immer ungefähr einen Prozentpunkt unter den Ausgaben der Jahre 1980 bis 1984 erfordern würde (Vgl. Seidelmann 2002, 214f). Der vorausgesetzte gemeinsame politische Nenner wäre eine Einigung zwischen den Europäern, die auf absehbare Zeit nur dann zu erzielen sein wird, wenn keine Konkurrenzierung zur NATO und

den USA, sondern ein komplementäres Fähigkeitsprofil angestrebt wird, das aber auch autonome ESVP-Einsätze in einem quantitativ beschränkten Umfang erlaubt. Die Weiterführung des Kapazitätenprozesses soll gegen Ende 2004 von der Europäischen Verteidigungsagentur übernommen werden.

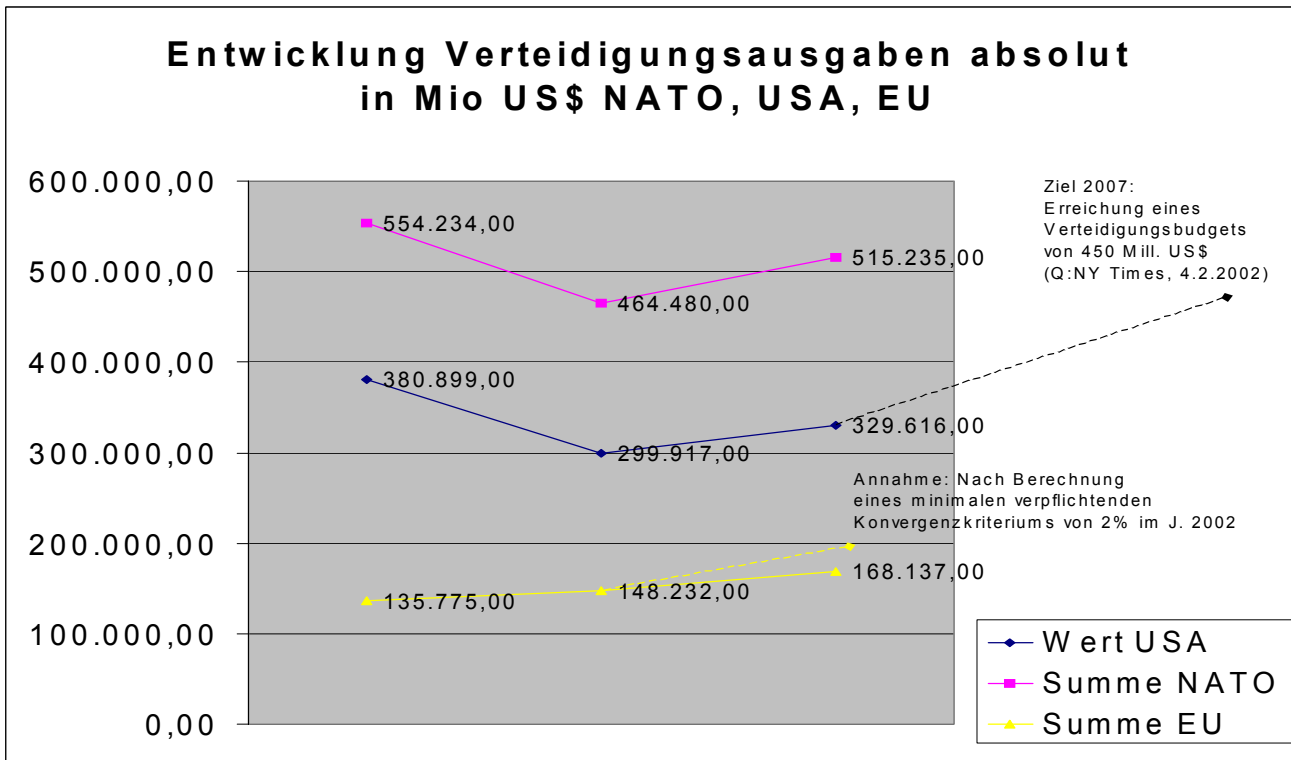
Angesichts dieser Kosten des Aufbaus einer mittleren europäischen Interventionsfähigkeit mit globaler Reichweite wäre die Einführung eines etwa zweiprozentigen EU-Konvergenzkriteriums für Verteidigungsausgaben (Auswirkungen siehe Graphiken 7 und 8) erforderlich, was aber realpolitisch kaum durchsetzbar erscheint. Damit bleibt letztlich nur der Weg einer verstärkten verteidigungspolitischen Integration verbunden mit der Reduzierung von Duplizierungen und dem Abbau von überholten Territorialverteidigungsstrukturen zur Verwirklichung der ESVP-Ziele.

Tabelle 5:

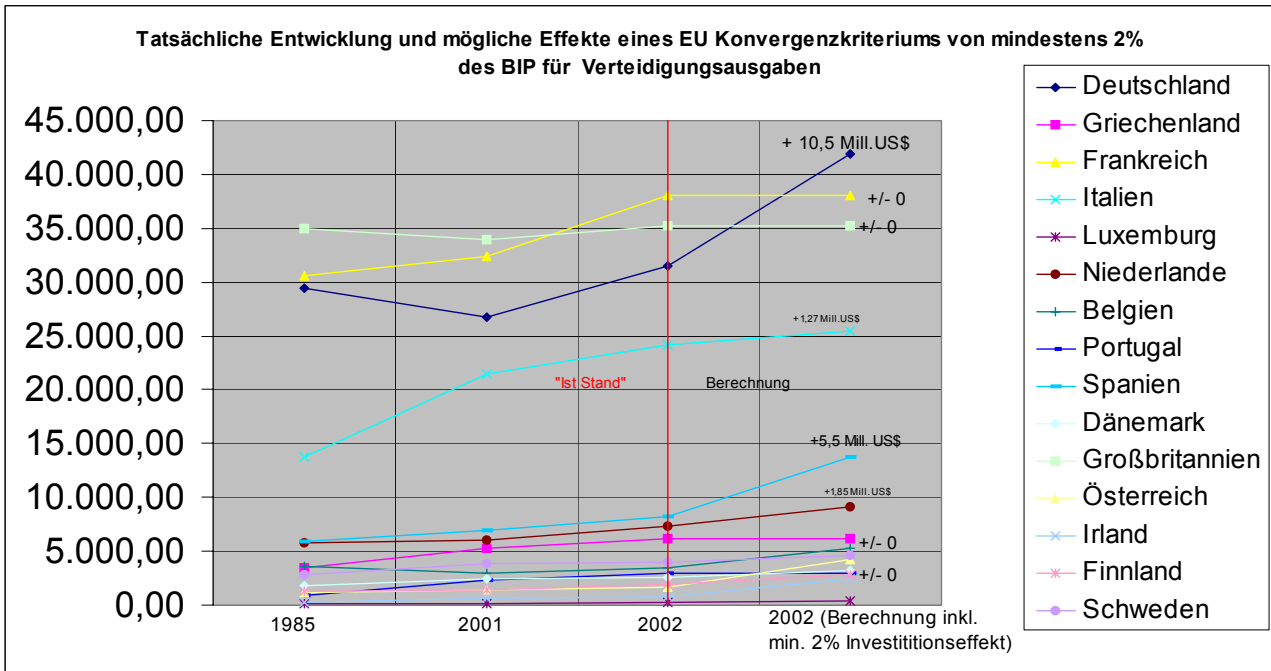
Mindestanforderungen für eine eigenständige europäische Interventionsfähigkeit globaler Reichweite		
Manko	Anzahl der Systeme	Anschaffungskosten in Milliarden €
Strategischer Lufttransport	225	19
Luftbetankung	20-30	5-7,5
Unterdrückung Luftverteidigung	20-40	2-4
Elektronische Kriegsführung	8-12	1,6-2,4
Luft-Boden-Überwachung	4-8	1,4-2,8
Allwettertaugliche strategische Überwachungsfähigkeit	12x4 (Predator)	0,3
Suche und Rettung	13x4 (Global Hawk)	0,45-0,75
Elektronische Aufklärung/ Funkaufklärung	12-24 (Hubschrauber)	0,6-1,2
	4-8	2-4
Gesamt		32-42

Quelle: Transatlantic Transformations: Equipping NATO for the 21st Century, S.140.

Graphik 8 und 9: Entwicklung der Verteidigungsausgaben und mögliche Auswirkung eines Konvergenzkriteriums



National aufgeschlüsselt bedeutet das:



Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der europäischen Eingreiftruppe gibt es drei besondere Herausforderungen. Erstens ist es nicht möglich, bei einer Gesamttruppenzahl von 60 000 die anspruchsvollsten Petersberg-Aufgaben durchzuführen. Über den Daumen gelegt ergibt sich für eine 60 000 Mann starke Truppe etwa folgende Truppenaufteilung: 1/3 Logistik (in der Vor-Verlegungsphase könnte dies bis zu 50 Prozent betragen), 1/3 Kampfunterstützungstruppen und 1/3 Manöver- oder Kampftruppen. Somit zählt die Kampftruppe an sich nur 20 000 Mann. Anspruchsvollere Petersberg-Aufgaben können mit einer derartigen Kampftruppe nicht erledigt werden. Zweitens müssten die Mitgliedsstaaten ihre Beiträge verdoppeln, falls sie wirklich fähig sein wollen, diese über ein Jahr hin zu unterhalten. Betrachtet man die Natur der derzeitigen Konflikte und die Dauer der derzeitigen Operationen, dann wäre sogar eine Verdreifachung der Truppenzahl am realistischsten. Drittens haben nur fünf europäische Armeen ein Berufsheer. Die meisten Europäer unterhalten gemischte Armeen mit einer großen Anzahl von Rekruten und investieren größtenteils in Territorialverteidigung. Bisher haben nur die Briten, Franzosen, Holländer und Schweden ihre Armeen substanziell modernisiert.

4.2.3 Europäische Rüstungspolitik

Rüstungspolitik ist Teil der ESVP. Sie wird von dieser beeinflusst beziehungsweise beeinflusst diese auch selbst. Der europäische Rüstungsmarkt sichert auf der einen Seite Kapazitäten in Schlüsseltechnologien der Rüstungsindustrie.¹⁶ Auf der anderen Seite ist eine einheitliche Beschaffung (und auch Forschung) der einzig gangbare Weg, den militärischen Rückstand gegenüber den USA nicht noch größer werden zu lassen. Rüstungskooperation ist demnach als ein essenzielles Moment sowohl für die Entwicklung einer europäischen Rüstungspolitik als auch für die Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungspolitik zu verstehen.

Die europäische rüstungsindustrielle und rüstungspolitische Landschaft ist von zwei zentralen Konstanten gekennzeichnet: Auf einem Fundament von rund 100 Milliarden Dollar für militärische Investitionen haben die Vereinigten Staaten eine globale rüstungsindustrielle Vormachtstellung, die mit einer restriktiven protektionistischen Rüstungspolitik auch auf absehbare Zeit abgesichert sein wird. Dies zeigt unter anderem auch die jüngste Verschärfung des „Buy-America-Gesetzes“, gemäß dem nunmehr nur noch Projekte bewilligt werden, deren Auftragsvolumen zu mindestens 65 Prozent an US-amerikanische Unternehmen vergeben wird. Dieser Festung USA stehen in Europa bestenfalls „Zitadellen“ gegenüber, die noch dazu untereinander konkurrieren.

Ein wesentlicher Parameter für den Modernisierungsgrad von Streitkräften sind die Verteidigungsausgaben pro Soldat. Ein Vergleich zwischen den USA und der EU zeigt, dass die USA mit rund 233 000 US-Dollar den EU-Durchschnittswert (rund 100 000 US\$) mehr als um den doppelten Wert übertreffen.

¹⁶ Insbesondere im Luftfahrt- und Verteidigungselektronikbereich.

Tabelle 6: Vergleich der Verteidigungsausgaben pro Soldat und pro Einwohner

	Verteidigungsausgaben pro Einwohner in US\$					Verteidigungsausgaben pro Soldat in US\$			
		1985	2001	2002	Veränderung in % Index 1985 = 100%		1985	2002	Veränderung in % Index 1985 = 100%
Nur NATO	Kanada	440	269	247	56,14	Kanada	134.506,02	148.585,09	110,47
	USA	1592	1049	1138	71,48	USA	177.030,58	233.108,91	131,68
	Tschechische R.	131	112	136	103,82	Tschechische R.	10.024,59	28.360,32	282,91
	Norwegen	638	641	759	118,97	Norwegen	71.648,65	129.097,74	180,18
	Polen	582	89	88	15,12	Polen	67.849,53	20.858,90	30,74
	Turkei	69	104	127	184,06	Turkei	5.538,10	16.952,21	306,10
	Ungarn	193	91	110	56,99	Ungarn	19.433,96	32.425,15	166,85
NATO und EU	Deutschland	387	326	383	98,97	Deutschland	61.491,63	106.300,68	172,87
	Griechenland	346	495	579	167,34	Griechenland	17.067,00	34.650,90	203,03
	Frankreich	556	545	636	114,39	Frankreich	66.032,74	145.948,54	221,02
	Italien	240	374	421	175,42	Italien	35.650,48	111.669,74	313,23
	Luxemburg	203	358	438	215,76	Luxemburg	105.714,29	214.444,44	202,85
	Niederlande	396	383	459	115,91	Niederlande	54.322,27	147.782,26	272,05

	Belgien	363	287	332	91,46	Belgien	39.115,72	87.627,55	224,02
	Portugal	94	228	294	312,77	Portugal	13.205,48	67.545,87	511,50
	Spanien	152	176	206	135,53	Spanien	18.300,00	46.391,23	253,50
	Dänemark	363	463	483	133,06	Dänemark	62.770,27	112.951,54	179,94
	Großbritannien	619	571	590	95,32	Großbritannien	104.799,40	167.533,27	159,86
Non-NATO EU	Österreich	149	180	209	140,27	Österreich	20.548,45	49.104,05	238,97
	Irland	78	170	187	239,74	Irland	20.291,97	68.380,95	336,99
	Finnland	267	273	378	141,57	Finnland	35.835,62	61.949,69	172,87
	Schweden	332	439	448	134,94	Schweden	42.252,66	116.430,68	275,56
Wert USA		1592	1049	1138	71,48		177.030,58	233.108,91	131,68
Durchschnitt NATO		409,11	364,50	412,56	100,84		59.138,93	102.901,91	174,00
Durchschnitt EU		303,00	351,20	402,87	132,96		46.493,20	102.580,76	220,64

Quelle: Military Balance 2003/04, S. 335 und eigene Berechnungen.

Das Hauptproblem oder Haupthindernis für eine europäische Rüstungspolitik besteht nicht so sehr in den fehlenden finanziellen Ressourcen, sondern eher in einer fehlenden kohärenten europäischen Rüstungsstrategie. Es geht in der europäischen Rüstungspolitik nicht so sehr darum, mehr oder gleich viel wie die USA auszugeben und rüstungstechnologisch in allen Bereichen gleichzuziehen, sondern die vorhandenen Mittel sollten effektiver eingesetzt werden. Bislang verfügte Europa aber weder über die notwendigen Strukturen noch über den politischen Willen, eine wirklich eigenständige europäische Rüstungspolitik betreiben zu wollen. Es gibt keine Rüstungspolitik der EU, sondern vielmehr Rüstungspolitiken der verschiedenen EU-Staaten, die von einem Kern, dessen Kennzeichen einerseits eine starke nationalstaatliche Ausrichtung und zur gleichen Zeit eine ambivalente unterschiedliche Positionierung gegenüber den USA ist, dominiert werden. Sowohl die nationalstaatliche Orientierung der Rüstungspolitik als auch der Grad der Internationalisierung spiegeln im Grunde das Verständnis der ESVP wider, weil diese Staaten auch deren Entwicklung maßgeblich bestimmen. Solange die Rüstungspolitik in Europa intergouvernemental organisiert ist, kann es bestenfalls punktuelle Fortschritte in der Verteidigungspolitik geben.

Die Gründe für das Nichtvorhandensein einer konsistenten europäischen Rüstungspolitik liegen vor allem in den vorhandenen strukturellen, institutionellen und politischen Gegebenheiten innerhalb Europas. Die Rüstungspolitik ist stark staatenzentriert¹⁷ und wird von einigen wenigen Kernstaaten (Zentrum) dominiert. Diese Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) bestimmen auf Grund ihrer rüstungsindustriellen Kapazitäten den Rüstungssektor und sind die Träger der europäischen Rüstungskooperation. Ein Resultat dieser Entwicklung ist, dass die rüstungspolitische Zusammenarbeit nach wie vor auf diese Staaten beschränkt ist und entweder im zwischenstaatlichen Bereich (OCCAR, LOI¹⁸) oder auf multilateraler Basis im Rahmen konkreter Kooperationsprojekte stattfindet.¹⁹ Grundlegende Entscheidungen hinsichtlich der (künftigen) europäischen Rüstung vollziehen sich somit außerhalb des institutionalisierten Rahmens der EU, aber auch außerhalb der NATO.

Gleichzeitig bilden diese Staaten aber keinen homogenen Block, denn sie versuchen, Rüstungspolitik möglichst national zu betreiben sowie nationale „angemessene“ rüstungsindustrielle Kapazitäten beizubehalten (Vgl. Sköns/Baumann 2003, 373–403 sowie Pankratz 2000). Darüber hinaus verfolgen die entscheidenden Akteure verschiedene transatlantische Strategien: Während sich die französische Regierung weigert, mit den USA in Hauptwaffensystemen zu kooperieren, sind Großbritannien und (bedingt) Deutschland offen für die Zusammenarbeit mit den USA.

Ein Momentum dieses rüstungsindustriell und rüstungspolitisch ambivalenten Kerneuropas, das bislang noch kaum zur Diskussion gestellt wurde, ist die Rolle der Staaten der Rüstungsperipherie. Auch diese bilden keine homogene Gruppe, sind aber wegen ihrer Abhängigkeit von Rüstungsimporten als Absatzmarkt für die größeren Rüstungsproduzenten

¹⁷ Staaten sind alleinige Auftraggeber für rüstungsproduzierenden Konzerne und Staaten setzen die rechtlichen Rahmenbedingungen.

¹⁸ Sowohl LOI als auch OCCAR weisen überaus restriktive Beitrittsbestimmungen auf und wurden bewusst außerhalb des Rahmens der EU etabliert.

¹⁹ In diesem Zusammenhang muss auf einen bemerkenswerten Umstand hingewiesen werden, dass der A-400M das erste Kooperationsprojekt ist, an dem alle drei Staaten zur gleichen Zeit beteiligt sind.

von Bedeutung. Grundsätzlich kann jedoch beobachtet werden, dass die Staaten der Peripherie eher dazu tendieren, Rüstungsgüter aus den USA zu kaufen oder diese in Lizenz zu erzeugen, als europäische Produkte zu erwerben.²⁰ Diese Tendenz ist invers zu den eigenen rüstungsindustriellen Kapazitäten. Als Gründe hierfür sind zu nennen, dass die Möglichkeit gesehen wird, erstens High-Tech-Produkte (vor allem im Luftfahrt- und Verteidigungselektronikbereich) zu einem verhältnismäßig günstigen Preis zu erhalten und zweitens eine gewisse Autonomie gegenüber den europäischen Zentrumstaaten zu bewahren, die auch als rüstungspolitisches Direktorat perzipiert werden. Nicht zuletzt versuchen die kleineren Staaten, die Rüstungsimporte aus den USA auch als Instrument zu nutzen, die eigenen Beziehungen zu den USA zu verbessern. Diese führende Rolle US-amerikanischer Rüstungsgüter bei der Ausstattung der Armeen von Staaten der Peripherie manifestiert sich darin, dass ein Großteil der US-amerikanischen Rüstungsexporte nach Europa in diese Länder geht (Cornu 2001, 51–92).²¹

Die Errichtung eines europäischen Rüstungsmarktes ist unter den gegebenen Umständen nicht wahrscheinlich. Zur gleichen Zeit ist eine Perpetuierung der gegenwärtigen Situation für die ESVP alles andere als förderlich, weil gegenwärtig rund 40 Prozent des europäischen Rüstungsmarktes von den USA abgedeckt werden (Krause/Grams 2003, 31–41). Europa darf nicht von externen Rüstungsgütern abhängig sein, wenn es eine wirkliche Selbständigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln will.

Welche Entwicklungen sind nun denkbar? Ein Ansatz, der eher die (sicherheits)politische Dimension in den Vordergrund stellt, wäre die Entwicklung einer „echten“ europäischen Rüstungspolitik im Rahmen der bestehenden oder zu schaffenden Institutionen der EU – primär zur Verfolgung und Unterstützung des Headline Goal. Da die USA auch weiterhin eine Strategie der „national preference“ verfolgen werden, würde eine Strategie der Europäer, die auf „european preference“ anstelle von „national preference“ setzt, mit der US-amerikanischen Strategie korrespondieren. „European preference“ wird jedoch nie die völlige Abschottung von US-amerikanischer Rüstungstechnologie sein können und somit auch nicht zu einer „Festung Europa“ führen; hierfür sind die Ungleichgewichte zu groß. Eine stärkere Fokussierung auf Europa im Sinne einer Harmonisierung der Rüstungspolitiken würde aber eine Stärkung der militärischen Fähigkeiten im Rahmen der ESVP bedeuten, die wiederum eine Basis für eine Kooperation zwischen Europäern und USA schaffen²² und somit die vorhandene Asymmetrie zwar nicht vollständig aufheben, aber zumindest nivellieren und die Perspektive einer partiellen Komplementarität eröffnen könnte.

Ermutigende Zeichen sind der Entwurf für eine EU-Verfassung, der erkennen lässt, dass sich die EU dem Thema Rüstung als wichtiges Thema für die eigene Sicherheit annehmen will, sowie konkrete Projekte wie die Entwicklung des Transportflugzeuges A-400M oder das Satellitensystem Galileo. Der größte Impuls könnte freilich von der neu geschaffenen europäischen Verteidigungsagentur ausgehen. Eines der größten Hindernisse für die

²⁰ Eine Ausnahme diesbezüglich bilden Kampfpanzer; hier ist der Hauptlieferant Deutschland.

²¹ Cornu geht davon aus, dass hiervon zwischen 45% und 60% aller US-amerikanischen Rüstungsexporte nach Europa auf Dänemark, die Türkei, Griechenland sowie Norwegen konzentriert sind.

²² Dies vor allem auf rüstungsindustrieller Basis. Durch Schaffung von EADS und BAE und die Konsolidierung in manchen Bereichen wurde eine Situation geschaffen, dass Kooperation zwischen USA und Europa möglich scheint, wobei jedoch realistischere davon auszugehen ist, dass die Europäer immer den Juniorpartner darstellen werden.

Etablierung eines europäischen Rüstungsmarktes war schon immer die Ausgliederung dieses Sektors aus dem Binnenmarkt durch Artikel 296. Der Konventsentwurf für die europäische Verfassung hat diesen Artikel aber in gleichlautender Form (Artikel 342) übernommen und dadurch der Verteidigungsagentur Grenzen gesetzt (Vgl. Bauer 2003, 33f).

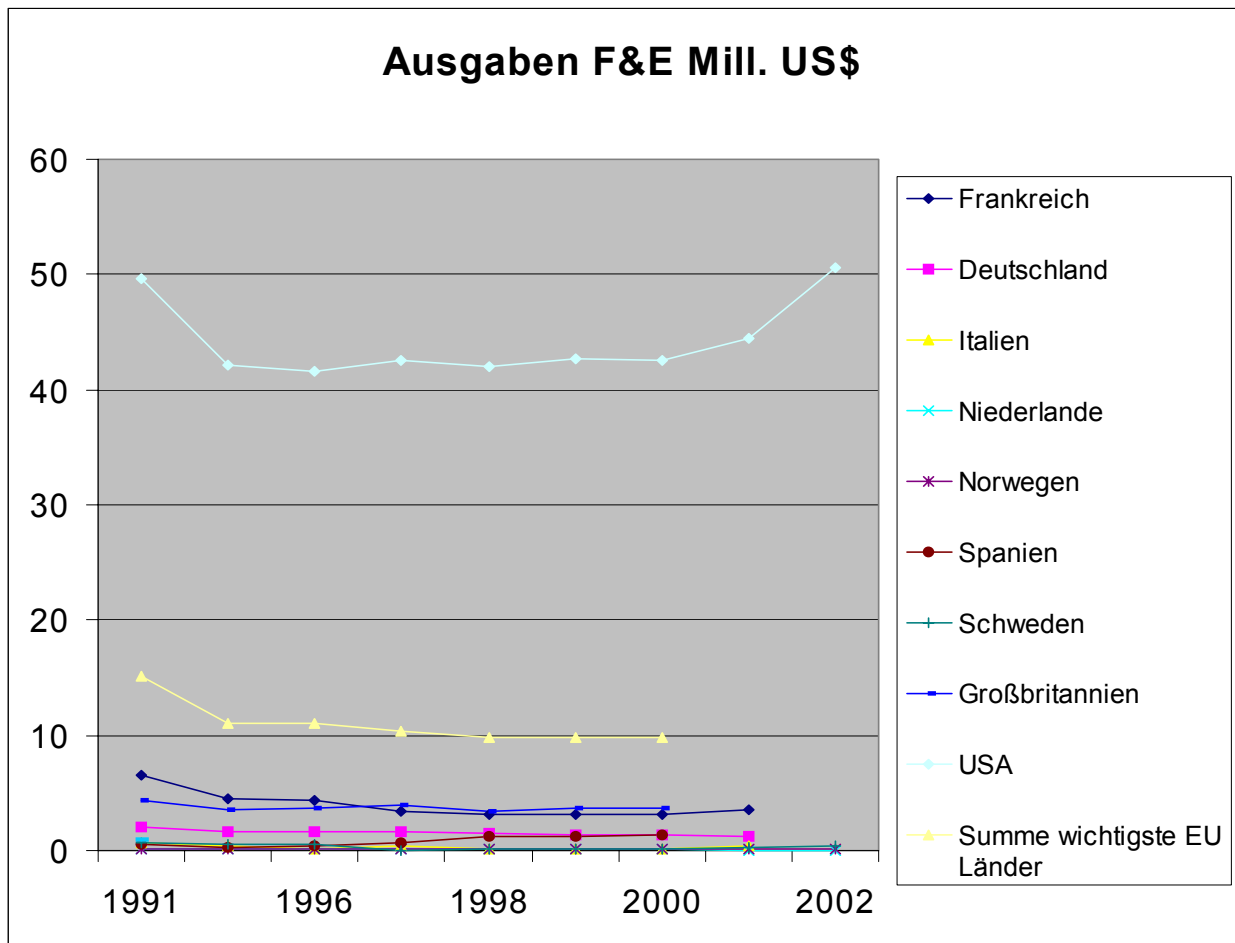
Zusammenfassend muss allerdings betont werden, dass die USA im Vergleich zu Europa, gewaltige Summen für Forschung und Entwicklung (F&E) aufwenden. In den letzten Jahren stabilisierte sich der Abstand in etwa auf das Verhältnis 4:1. Tatsächlich verfügen die USA in etwa über das vierfache Verteidigungsbudget wie die EU-15, und analog dazu wenden sie auch in etwa viermal mehr Geld für Forschung und Entwicklung auf. Siehe dazu die folgende Tabelle und graphische Darstellung.

Tabelle 7: Forschung und Entwicklung

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Mill. US\$									
	1991	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Frankreich	6,5	4,5	4,3	3,4	3,2	3,1	3,1	3,5	-
Deutschland	2,0	1,6	1,7	1,7	1,5	1,4	1,3	1,2	-
Italien	0,7	0,4	0,2	0,4	0,2	0,1	0,1	0,4	-
Niederlande	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	-	-
Norwegen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Spanien	0,6	0,3	0,4	0,7	1,2	1,2	1,3	-	-
Schweden	0,7	0,5	0,5	-	0,1	0,1	0,1	0,3	0,4
Großbritannien	4,4	3,6	3,7	3,9	3,4	3,7	3,7	-	-
USA	49,7	42,1	41,6	42,5	42,0	42,7	42,6	44,5	50,6
Summe wichtigste EU-Länder	15,1	11,1	11,0	10,3	9,8	9,8	9,8		

Quelle: SIPRI Yearbook 2003, S. 405

Graphik 10



Andere Quellen²³ schließen noch die Beschaffung militärischer Ausrüstung mit ein, wodurch die gesamten Rüstungsaufwendungen, zusammengesetzt aus F&E und Beschaffung im Jahr 1999 auf etwa 80 Milliarden US-Dollar für die USA und 35 Milliarden US-Dollar für die EU-15 ausmachen. Man schätzt, dass diese Ausgaben mittlerweile auf 100 Milliarden US-Dollar für die USA und 40 Milliarden US-Dollar für die EU15 angewachsen sind (Stand 2003). Die Verteidigungsbudgets sind seit 1999 von etwa 280 Milliarden US-Dollar für die USA und 100 Milliarden US-Dollar für die sechs wichtigsten europäischen Länder auf mittlerweile 400 Milliarden US-Dollar für die USA zu 100 Milliarden US-Dollar für das Europa der „Big 6“ angewachsen. Auf Ebene der EU-15 summieren sich die kumulierten Verteidigungsbudgets auf etwa 170 Milliarden US-Dollar. Während die USA in den letzten Jahren wieder kräftig den Verteidigungshaushalt – und insbesondere die Ausgaben für F&E erhöhten, stagnieren diese in Europa.

²³ Vlachos-Dengler 2002, 147 und 150

5. Schlußfolgerungen und Perspektiven

Aus den bisherigen Ausführungen können folgende zusammenfassende Thesen abgeleitet werden:

- Das Ende des großen Systemkonflikts hat zu einer Veränderung der geostrategischen Lage geführt. Die Vereinigten Staaten haben ihre prioritären Interessenszonen Richtung Asien verschoben und sind der Meinung, für ihre eigene Sicherheit selbst sorgen zu können, wenn das militärische Potenzial nur leistungsfähig genug ist. Europa hat seine geopolitische „Nischenlage“ verloren, in der es seinen innereuropäischen Integrationsprozess im Windschatten der Nachkriegsallianzen gestalten konnte. Europa muss mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen und für die eigenen strategischen Interessen auch selbst sorgen können, eine Abschottungsstrategie ist angesichts der vielfachen Vernetzung kein gangbarer Weg.
- Die Struktur der Bedrohungsperzeption ist dies- und jenseits des Atlantiks weitgehend identisch. In den europäischen sicherheitspolitischen Konzeptionen werden aber die Aspekte regionale Instabilität, humanitäre Katastrophen und Staats- bzw. Ordnungsverfall stärker betont. Auch sind die Bedrohungs einschätzungen in Europa weniger ideologisch-moralisch imprägniert als in den Vereinigten Staaten.
- Die außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen sind weitgehend kongruent, auch wenn die USA die Erhaltung ihrer dominanten internationalen Rolle anstreben und die Europäer einer kooperativ-multipolaren Weltordnung den Vorzug geben. Angesichts der globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen sind die USA und Europa auch in Zukunft aufeinander angewiesene Partner, die ihre Interessen in einer globalisierten Welt langfristig nur durch eine gemeinsame Vorgehensweise realisieren können. Die präferierten Handlungsstrategien zeigen unterschiedliche Schwergewichte. Die Vereinigten Staaten betonen die Rolle der Militärs bei der Gestaltung eines für sie vorteilhaften internationalen Umfeldes, die Europäer gehen nicht zuletzt auf Grund mangelnder militärischer Kapazitäten und anderer historischer Erfahrungen von einem umfassenden sicherheitspolitischen Strategiebegriff aus.
- Für beide heißt der neue prioritäre geostrategische Handlungsraum „Greater Middle East“. Die USA sind dabei, eine langfristige „strategische Situationsveränderung“ in dieser Region herbeizuführen, an deren Ende weitgehend entmilitarisierte demokratische Regime an der europäischen Peripherie entstehen sollen, was letztlich auch im ureigensten europäischen Interesse liegt.
- Die NATO wird von den USA – auch als Lehre des US-Unilateralismus nach dem 11. September 2001 – als institutioneller Rahmen einer euro-atlantischen Militärkooperation zur Projektion von Macht und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika verstärkt genutzt werden.
- Zur Realisierung ihrer Ziele sind die USA angesichts der Gefahr der „strategischen Überdehnung“ auch auf ein leistungsfähiges Europa angewiesen, das mehr an internationaler sicherheitspolitischer Verantwortung übernehmen kann. Ein starker Partner Europa ist für die Vereinigten Staaten nur zum Preis einer größeren europäischen Eigenständigkeit in Verteidigungsfragen zu haben.
- Im Falle eines starken Engagements der europäischen NATO-Staaten im Irak und in Afghanistan sind der ESVP-Entwicklung und der Durchführung weiterer größerer

militärischer EU-Operationen in der europäischen Peripherie auf Jahre hinaus natürliche Grenzen gesetzt.

- Sollte Washington hingegen weiter eine Strategie der „Disaggregation“ verfolgen, wird dies die Kräfte, welche ein zur USA antagonistisches Kerneuropa anstreben, stärken.
- Eine zentrale Lehre des Irak-Krieges ist, dass ein in außen- und sicherheitspolitischen Fragen uneiniges Europa in der Weltpolitik weiterhin marginalisiert bleiben wird und in Krisen, die auch die europäischen Interessen unmittelbar berühren, ohne Mitgestaltungsmöglichkeiten ist. Nationale Alleingänge sind kein Ersatz für eine gesamteuropäische Politik. Somit bleibt die Europäische Union in Fragen der internationalen Sicherheit so lange selbst in für sie strategisch vitalen Regionen US-bestimmt und ohne Einfluss auf militärische Gewaltanwendung, als sie keine kohärente Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt.
- Unter den gegebenen Umständen ist eine Effizienzsteigerung in der europäischen Sicherheitspolitik nur möglich, wenn der Weg einer differenzierten verteidigungspolitischen Zusammenarbeit eingeschlagen wird, der den fähigen und willigen EU-Mitgliedsstaaten eine raschere Integration eröffnet und den anderen Staaten offen bleibt.
- Im Bereich der Streitkräfteentwicklung zeigt sich eine zunehmende Differenzierung, die auf Aufgabenteilung und das Erfordernis wechselseitig ergänzender Fähigkeiten verweist, weil weder die USA noch Europa über alle erforderlichen Mittel in einem ausreichenden Maße verfügen. Den USA fehlen insbesondere Stabilisierungskräfte und den Europäern die Fähigkeiten zur „Expeditionskriegsführung“.

Aus der Perspektive des Frühjahres 2004 und mit Hinblick auf den bevorstehenden NATO-Gipfel in Istanbul Ende Juni, scheint sich ein neues Rollenbild für die NATO abzuzeichnen, das zum einen die Kernfunktionen und zum anderen neue insbesondere von den USA unterstützte Aufgaben umfasst. Dabei wird es sich um qualitativ hochwertige und „transformierte“ Streitkräfte handeln, die vielseitig und im globalen Rahmen verwendbar sein sollen. Theoretisch kann diese NRF auch für EU-Zwecke herangezogen werden.

Da auch die EU im Rahmen des im Februar 2004 vorgeschlagenen „Battle Group“-Konzepts Truppen mit ähnlicher Qualität als „Rapid Reaction Elements“ (EURRF) bereitstellen will, könnte die Entwicklung in die Richtung gehen, dass die EURRF den europäischen Anteil der NRF abbilden, was auf eine sehr enge Verschränkung von EU und NATO verweisen würde.

Der Versuch einer antagonistischen Multipolarität mancher kerneuropäischer Staaten (mit Frankreich an der Spitze) ist gescheitert. Das wird nicht zuletzt auch durch die Neuausrichtung der französischen NATO-Politik bestätigt. Der relativ starke Beitrag Frankreichs für die NRF (rund 1700 Soldaten) und die Ankündigung, mit über 100 Stabsoffizieren und zwei Generälen die NATO-Stäbe verstärken zu wollen, kann als deutliches Indiz dafür gesehen werden, dass die Ambitionen zur Demontage der NATO durch jenes Land, das einen emanzipatorischen Ansatz der ESVP am stärksten propagiert hat, zunächst nicht weiter verfolgt werden. Abgesehen von den außer Diskussion stehenden Verteidigungsaufgaben im engeren Sinn werden vor allem die großen Aufgaben im Bereich des Krisenmanagements, also derzeit die Stabilisierungsoperationen in Afghanistan und im Kosovo, potenziell auch im Irak wie in Israel/Palästina, auf absehbare Zeit durch die NATO wahrzunehmen sein. Damit kann die USA über die Phase der Expeditionskriegsführung hinaus auch bei wichtigen Stabilisierungsoperationen die politische Dominanz sicherstellen.

„Expeditionary Warfare“ wird auf Grund der negativen Erfahrung mit der „Allianzkriegsführung“ gegen Serbien 1999 und des zunehmenden Technologie-Gap in den meisten Fällen im Rahmen von Ad-hoc-Koalitionen organisiert werden.

In der ESVP scheint die vor allem innereuropäisch aber auch transatlantisch kontrovers diskutierte Frage des militärischen Autonomiegrades und des Ambitionslevels der EU in Zusammenschau von Verfassungsvertrag und aktuellen ESVP-Vorschlägen vorerst beantwortet zu sein. Dabei zeigt sich mittelfristig folgendes ESVP-Profil: Die EU strebt keine Autonomie im Bereich der kollektiven Verteidigung an, im Bereich des internationalen Krisenmanagements werden „Battle Groups“ komplementär zur NATO punktuell das oberste Spektrum abdecken, die Masse der Headline Goal-Beiträge bleibt zumindest vorerst primär an traditionellen Stabilisierungsoperationen ausgerichtet und das Einsatzspektrum (Petersberg-Missionen) der ESVP wird in den Bereichen vor und nach Kampfeinsätzen (Konfliktprävention und Stabilisierungsoperationen) ausgeweitet. Das geographische Schwergewicht der ESVP wird Europa und seine unmittelbare Peripherie sowie Afrika sein, funktional wird die EU schwergewichtsmäßig im Bereich der Prävention und Stabilisierung sowie des Wiederaufbaus tätig werden, was aber ein autonomes punktuell wirksam werden auch bei Kampfeinsätzen nicht ausschließt. Große „Expeditionary-Warfare-Operationen“ sind auf absehbare Zeit nur in Unterstützung der USA denkbar, darüber hinaus werden militärische Fähigkeiten auch zunehmend für Aufgaben der „innereuropäischen Sicherheit“ herangezogen und entwickelt werden.

Diese komplementäre Rolle der ESVP wird auch im „Battle Group“-Konzept, wie es von Großbritannien, Frankreich und Deutschland im Februar 2004 vorgelegt wurde, bestätigt. Diese rund 1500 Mann starken Kampfgruppen sollen insbesondere für Einsätze höchster Intensität in maximal 15 Tagen bereit, voll ausgerüstet und trainiert sein, über ein hohes Maß an Interoperabilität verfügen, zwischen 30 und 120 Tage durchhaltefähig sein und über strategischen Lufttransport (ca. 200 Flüge für eine Kampfgruppe) verfügen. Insgesamt hat die EU derzeit ihren Ambitionslevel bei sieben bis neun „Battle Groups“ festgelegt. Mit der explizit vorgesehenen, wenn auch nicht ausschließlichen Fokussierung auf Einsätze in Afrika und einem deutlichen Bezug auf die Vereinten Nationen wird unterstrichen, dass der nunmehr anspruchsvollste Bereich der ESVP für Aufgabenstellungen vorgesehen ist, die derzeit außerhalb der primären amerikanischen Interessenslage angesiedelt sind. Was Europa autonom können soll, ist in Bezug zur UNO gesetzt und nicht gegen die USA gerichtet. Ausgehend von den heutigen Planungsgrundlagen im Rahmen der ESVP kann günstigstenfalls angenommen werden, dass dieses Konzept bis zum Jahr 2007 realisiert werden kann. Die Mängel des Headline Goal im Bereich der strategischen Kapazitäten werden vor 2010 lediglich in Teilaspekten zu beheben sein, was dafür spricht, dass die EU zumindest mittelfristig von der NATO und den Vereinigten Staaten abhängig bleiben werden.

Ergänzt wird dieses Bild durch die Überlegungen, die im Rahmen der Arbeiten am sogenannten „EU Book on Defence“ angestellt werden. Hier wurden fünf typische Szenarien bearbeitet, in deren Rahmen die EU Streitkräfte zur Wahrung ihrer Interessen einzusetzen hätte. Das anspruchsvollste Szenario ist von der politischen Ambition der EU getragen, eine Truppe im Umfang von 60 000 Soldaten (mit Rotationsbedarf: rund 200 000) aufzustellen, die in der Lage sein soll, eine US-geführte Koalition in einem großen regionalen Krieg zur Verteidigung der europäischen Interessen zu unterstützen. Wenn man dieses noch nicht öffentlich vorgestellte Expertenpapier als die weitreichendste Vorstellung einer zukünftigen militärischen Leistungsfähigkeit Europas betrachtet, so ist der Umstand, dass selbst in diesem Papier von keinem autonomen sondern einem die USA unterstützenden Einsatz ausgegangen wird, besonders bemerkenswert.

Weniger anspruchsvolle Stabilisierungsaufgaben wie derzeit etwa in Bosnien-Herzegowina und möglicherweise auch die im „Battle Group“-Konzept vorgesehenen Operationen sollten durch die EU weitgehend autonom handhabbar sein. Es ist aber evident, dass Operationen im Rahmen von Feldzügen zur Wahrung vitaler Interessen der EU im Sinne von Expeditionskriegsführung nur gemeinsam mit den USA durchgeführt werden können. Der Irak-Feldzug hat gezeigt, dass selbst die britische Armee kaum in der Lage ist, eine derart anspruchsvolle Logistik für divisionsstarke Kräfte unter diesen Rahmenbedingungen sicherzustellen.

Auch im besonders sensiblen Bereich der Frage des Ausmaßes an europäischer Planungs- und Führungsautonomie gab es nach kontrovers geführten Diskussionen im Dezember 2003 einen Kompromiss, der ebenfalls als komplementärer Ansatz interpretiert werden kann. Die EU wird eine kleine Zelle für die operationelle Planung bei SHAPE, dem NATO-Planungsquartier etablieren. Diese Zelle soll eine reibungslose Verbindung zwischen der EU und der NATO sicherstellen, wenn die EU im Rahmen von „Berlin-Plus“-Missionen auf NATO-Mittel zurückgreift. Im Gegenzug soll ein „Liaison-Office“ der NATO im EU-Militärstab eingerichtet werden. Dies soll zusammen mit der EU-Zelle bei SHAPE zu voller Transparenz zwischen den beiden Organisationen beitragen und die Partnerschaft im Krisenmanagement unterstreichen. Im EU-Militärstab wird im Gegenzug eine neue Planungseinheit mit zivil-militärischen Komponenten eingerichtet (15 bis 20 Offiziere), womit die EU erstmals ansatzweise die Fähigkeit zur autonomen Planung von Operationen erhalten wird. Die operative Führung wird durch nationale europäische Hauptquartiere erfolgen, die zu diesen Zwecken multilateralisiert und verstärkt werden können. Unter gewissen Umständen könnte die EU auf die kollektive Fähigkeit ihres Militärstabes zurückgreifen und diesen beauftragen, eine Rolle in der Führung von autonomen Operationen zu spielen. Dies ist vor allem für zivil-militärische Operationen der EU vorgesehen.

Die Frage der Abhängigkeit der Europäer von den USA im Bereich der Verteidigungspolitik ist trotz der dargestellten Tendenzen kaum abschließend zu beantworten. Zwar hat sich die unmittelbare Abhängigkeit Europas – bezogen auf konventionelle Bedrohungen – von den USA deutlich reduziert, schlicht weil sich das Bedrohungsbild verändert hat. Im Hinblick auf die globale Interessenswahrnehmung scheint die EU aber nicht das Profil eines umfassenden, militärisch machtvollen Akteurs anzustreben, was daher insgesamt die Abhängigkeit von der Gestaltungsmacht der USA perpetuiert. Im Bereich der militärischen Konzeptionen und Kapazitäten sind daher vielleicht gerade wegen der erheblichen Unterschiede die Komplementarität und das Aufeinander-angewiesen-sein das wahrscheinlichere Szenario als ein fortgesetztes Divergieren.

Abschließend sollen noch einige zentrale Aspekte transatlantischer sicherheitspolitischer Komplementarität dargestellt werden:

Hard power – soft power

Auf politisch-strategischer Ebene ist die erfolgreiche Initiative der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Dezember 2004 mit dem Ziel, die iranische Führung zur Kooperation mit dem nuklearen Proliferationsregime zu bewegen, ein aktuelles Beispiel für komplementäre transatlantische Sicherheitspolitik. Diplomatische Erfolge dieser Art scheinen zunächst auf das Geschick europäischer Diplomatie und die Wirkmächtigkeit von wirtschaftlichen Sanktionen oder Anreizen der EU hinzuweisen. Tatsächlich aber haben die USA mit einer im Gefolge des Irak-Feldzuges dramatischen Verschlechterung der geostrategischen Lage des Iran überhaupt erst die Voraussetzungen für ein Einlenken der iranischen Führung geschaffen. Ohne die Drohkulisse der USA beziehungsweise ohne ein

ausreichendes Maß an „hard power“ fehlen den „soft power“-Aktivitäten der EU vielfach die Glaubwürdigkeit und die flankierenden absichernden Maßnahmen. Auch die mögliche Rolle der EU im israelisch-palästinensischen Konflikt ist letztlich im Rahmen der umfassenden Disposition der USA in diesem Konflikt definiert. Wenn etwa Israel im Februar 2004 erstmalig danach trachtet, die EU stärker in die Konfliktlösung zu involvieren, dann mag dies im Moment nützlich sein, da die Kommunikation der palästinensischen Führung mit den USA nachhaltig gestört ist und die EU in dieser Situation als Kommunikator und Moderator einspringen könnte. Der Friedensprozess selbst wird primär von Israel aufgrund seiner auf umfassende amerikanische Unterstützung aufbauenden Militärmacht gesteuert und erhält seine wesentliche Dynamik natürlich von den Maßnahmen der USA, die im Rahmen der Umgestaltung der Region „Greater Middle East“ gesetzt werden.

Globalstrategische Aufgabenteilung

Die Komplementarität des europäischen Ansatzes ergibt sich im Rahmen einer globalstrategischen Aufgabenteilung daraus, dass die Europäer entweder im Rahmen von amerikanisch dominierten Handlungsfeldern nach Maßgabe der eigenen Interessenslage unterstützende Maßnahmen setzen oder autonom in jenen Bereichen und Räumen agieren, die zwar nicht in primärem US-Interesse stehen, aber im Sinne eines Beitrages zur Aufrechterhaltung der globalen Ordnung und Sicherheit – wofür sich die USA ja zuvorderst berufen sehen – die USA auch entlasten können. Tendenziell wird sich die EU auf absehbare Zeit mit ihren militärischen Instrumentarien auf den europäischen Kontinent und partiell auf Afrika konzentrieren, wohingegen die USA oder US-geführte Koalitionen, so auch die NATO, in den anderen und wohl schwieriger handzuhabenden Krisenregionen der Welt tätig werden.

Komplementäre Einsatzprofile

Ein Modell für einander wechselseitig ergänzende militärische Leistungs- und Einsatzprofile könnte der Balkan sein. Die USA werden in Südosteuropa auch für den Fall, dass die EU die Stabilisierungsoperation in Bosnien-Herzegowina von der NATO Ende 2004 übernehmen sollte, von Relevanz bleiben. Die Präsenz der NATO beziehungsweise das glaubhafte Vorhalten von NATO-Kräften in der Region zur Bewahrung der Eskalationsdominanz ist Voraussetzung für den Erfolg der EU in Bosnien-Herzegowina. Dies war auch bei der Operation Concordia in Mazedonien der Fall, bei der die NATO-geführte Truppe im Kosovo die Aufgabenstellung übernahm, Verstärkungs- oder Evakuierungskräfte für den Fall von Eskalationen in Mazedonien vorzuhalten. „Wer eingreift muss durchgreifen können“, lautet eine gängige These für alle Arten von Interventionsoperationen, um die Glaubwürdigkeit nicht a priori zu verspielen. Dies bedeutet auf die militärischen Fähigkeiten umgelegt nichts anderes, als im Fall von negativen Lageentwicklungen entweder erhebliche Verstärkungen in die Krisenregion führen beziehungsweise den Charakter einer Operation etwa von einer Friedensoperation zu einer Kriegsoperation abändern zu müssen, was ganz andere Fähigkeiten und Verfahren erfordert, oder wesentlich länger im Operationsgebiet bleiben zu müssen, um die ersten Erfolge abzusichern, und dafür ebenfalls wesentlich mehr Truppen über die Rotation im Einsatz zu haben.

Komplementäre Streitkräfte-Transformationsprozesse

Mit Blick auf die Streitkräfteentwicklung zeichnen sich im transatlantischen Verhältnis zwei unterschiedliche Transformationsprozesse ab, die dazu beitragen können, die vorhandenen

Fähigkeiten besser aufeinander abzustimmen und damit gezielter zum Einsatz zu bringen: Im Stabilisierungsbereich findet der europäische Ansatz der Balance von militärischen und nicht-militärischen Fähigkeiten auch in den USA immer größere Zustimmung, während der US-Ansatz der netzwerkzentrierten Kriegsführung für Aufgaben im anspruchsvollen oberen Spektrum militärischer Aufgaben von verschiedenen europäischen Staaten in adaptierter Form übernommen wird. Dabei könnten die Europäer insbesondere durch Nutzbarmachung „netzwerkzentrierter Fähigkeiten“ im Rahmen umfassender Heimatschutzstrategien einen Mehrwert in die transatlantische Sicherheitspolitik einbringen.

Literatur

- ART, Robert J. (Cambridge, 1997): „A Defensible Defense.“ In: Michael E. BROWN e.a. (Hrsg.): America's Strategic Choices.
- BAKER, A.D. (Washington, 2002): „World Navies in Review.“ In: Naval Institute Proceedings, Vol. 128.
- BAUER, Thomas (Hamburg, 2003): „Die Zukunft des europäischen Rüstungsmarktes.“ In: Europäische Sicherheit Nr. 12/ 2003.
- BIERLING, Stephan (München, 2002): „Die Europäische Union und die USA.“ In: WEIDENFELD, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch.
- BINNENDIJK, Hans und Stuart JOHNSON (Hrsg.) (Washington DC, 2003): „Transforming for Stabilization and Reconsutruction Operations.“ In: National Defense University Paper.
- BORCHERT, Heiko und Reinhardt RUMMEL (Wien, Mai/Juni 2004): „Von segmentierter zu vernetzter Sicherheitspolitik in der EU-25.“ In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 42:3.
- BORKENHAGEN, Franz (Wien, 2004): „Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“ Studie der Österreichischen Gesellschaft für Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- BRZEZINSKI, Zbiginiew (Washington, Sommer 2000): „Living with a new Europe.“ In: The National Interest.
- BRZEZINSKI, Zbiginiew (Washington, 2001): „The geostrategic Triad – Living with China, Europe, and Russia.“
- BUSBY, Joshua W. (New York, März 2003): „Climate Change Blues – Why the United States and Europe Just Can't Get Along.“ In: Current History.
- CLOVER, Charles (New York, 2003): „Iraq to cancel three oil deals with old regime.“ In: Financial Times, 26. Mai 2003, S.3.
- COOPER, Robert (London, 2003): „The breaking of nations – Order and chaos in the twenty-first century.“
- CORNU, Christophe (Paris, 2001): „Fortress Europe – real or virtual?“ In: Burkard SCHMITT (Hrsg.): Between Cooperation and Competition – The Transatlantic Defence Market.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto (Hamburg, 2003): „Die Pax Americana nach dem Irak-Krieg.“ In: Erich REITER (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003.
- DAALDER, Ivo H. und James M. LINDSAY (Washington, 2001): „Unilateralism Alive and Well in Washington.“ In: International Herald Tribune, 21. Dezember 2001.
- DE WIJK, Rob (Wien, 2003): „The Union's Foreigns, Security and Defence Policies and Austria's Ambitions.“ In: Erich REITER (Hrsg.): Strategische Analyse des Büros für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung.
- DE WIJK, Rob (Washington, 2004): „The Implications for Force Transformation: The Small Country Perspective.“ In: Daniel HAMILTON (Hrsg.): Transatlantic Transformations – Equipping NATO for the 21st Century.

- EDWARDS, John (Washington, 2003): „Winning the Peace.“ In: The national Interest, 25. Juni 2003
<http://inthenationalinterest.com/Articles/Vol2Issue25/Vol2Issue25Edwards.html>
 (Zugriff: 19. Februar 2004).
- EMMOT, Bill (Frankfurt, 2003): „Vision 20/21. Die Weltordnung des 21. Jahrhunderts.“
- FRANK, Johann (Wien, 2003): „Analyse der Ergebnisse des EU-Konvents unter besonderer Berücksichtigung der ESVP.“ In: Gustav E. GUSTENAU (Hrsg.): Aktuelle Entwicklung der ESVP im Lichte des EU-Konvents, Positionspapier zur Sicherheitspolitik, Büro für Sicherheitspolitik.
- FRANK, Johann (Wien, 2004): „Sicherheitspolitisches Kerneuropa? Vergleich der Möglichkeiten und Grenzen der ESVP nach Nizza und dem Verfassungsvertrag.“ Strategische Analyse, Büro für Sicherheitspolitik.
- FRANK, Johann und Frederic LABARRE (Wien, 2004): „The Transatlantic Gap: Permanent or Temporary?“ In: Gustav. E. GUSTENAU (Hrsg.): Szenarien der strategischen Entwicklung.
- FÖHRENBACH, Gerd (Washington, 2002): „Security through engagement: The world view underlying ESDP.“ In: Esther BRIMMER (Hrsg.): The EU’s Search for a Strategic Role – ESDP and its Implications for Transatlantic Relations.
- GHOLZ Eugene, Daryl G. PRESS und Harvey M. RAPODSKY (Cambridge, 1997): „Come Home, America.“ In: Michael E. BROWN e.a. (Hrsg.): America’s Strategic Choices.
- GNESOTTO, Nicole (Paris, 2003): „EU,US: visions of the world, visions of each other.“ In: Gustav LINDSTROM (Hrsg.): Shift or Rift. Assessing US-EU relations after Iraq. Institute for Security Studies.
- GOMPERT, David und Uwe NERLICH (Santa Monica, 2002): „Shoulder to shoulder. The Road to U.S.-European Military Cooperability.“
- GRAMS, Christoph und Jan IRLKENAEUSER (Berlin, 2004): „Raketenabwehr. Die USA ziehen davon, wer folgt?“ In: Internationale Politik I/2004.
- GRANT, Robert P. und Stanley R. SLOAN (Springfield, März 2003): „Don’t Write Off the Allies.“ In: Defense News, 25-31.
- GUSTENAU, Gustav E. (Paris, 2004): „The War on Terrorism.“ In: Chaillot Paper No. 68: One Year On – Lessons from Iraq.
- JANNING, Josef (München, 2002): „Frieden in Europa.“ In: WEIDENFELD, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch.
- JASPER, Ulla (Berlin, Dezember 2002): „Europa, die USA und die NATO – Die Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik.“
- JOFFE, Josef (Cambridge, 1997): „Bismarck or Britain? Towards an American Grand Strategy After the Cold War.“ In: Michael E. BROWN e.a. (Hrsg.): America’s Strategic Choices.
- JOHNSON, Rebecca und Micah ZENKO: „All Dressed Up and Nowhere to Go: Why NATO Should Be on the Front Lines in the War on Terror.“ In: Parameters, US Army War College, Winter 2002-2003.
- KÄSTNER, Roland (Wien, 2004): „Strategische Zukunftsanalyse. Veränderungen der internationalen Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert.“ In: GUSTENAU, Gustav E. (Hrsg.): Szenarien der strategischen Entwicklung.

- KRAUSE, Joachim und Christoph GRAMS (Berlin, 2003): „Droht ein globaler Rüstungswettlauf - Perspektiven der Rüstungsindustrie im Vergleich.“ In: Internationale Politik Nr. 7/ 2003.
- LAYNE Christopher (Cambridge, 1997): „From Preponderance to Off-Shore Balancing.“ In: Michael E. BROWN e.a. (Hrsg.): America's Strategic Choices.
- LINK, Werner (Hamburg, 2003): „Keine Akzeptanz – Das Kardinalproblem hegemonial-imperialier Politik der USA.“ In: Erich REITER (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003.
- LEPRESTRE, Philippe G. (Kingston 1997): „The United States: An Elusive Role Quest after the Cold War.“ In: Philippe G. LEPRESTRE (Hrsg.): Role Quests in the Post-Cold War Era: Foreign Policies in Transition.
- LOEB, Vernon (Washington, 2001): „Air Force's Chief Backs Space Arms.“ In: Washington Post, 2. August, 2001, p. 17.
- MAGNUSZEWSKI, Pierre (Paris, 2002): „USA! USA! USA! “. In: Défence nationale, No. 12, Dezember 2002.
- MASTANDUNO, Michael (Cambridge, 1997): „Preserving the Unipolar Moment“. In: Michael E. BROWN e.a. (Hrsg.): America's Strategic Choices.
- MEARSHEIMER, John J. (New York, 2001): „The tragedy of great power politics.“
- PANKRATZ, Thomas (Wien, 2000): „Dimensionen, Strukturen und Tendenzen im westeuropäischen Rüstungssektor – Eine grundsätzliche Darstellung“. In: Heinz GÄRTNER und Othmar HÖLL (Hrsg.): Comprehensive Security.
- PERLE, Richard (Washington, 2003): „Is the United Nations the only institution that can legitimize force?“ In: New Perspectives Quarterly, Vol. 20, No. 2.
- POSEN, Barry (Cambridge, 2003): „Command of Commons: The Military Foundation of US-Hegemony.“ In: International Security, Sommer 2003.
- REITER, Erich (Hamburg, 2003): „Perspektiven der globalen strategischen Entwicklung. Das Ende der Ordnung von Jalta.“
- REITER, Erich (Hamburg, 2003b): „Kommentar zum Entwurf einer EU-Sicherheitsstrategie.“ In: Erich REITER (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003.
- RICE, Condoleezza (London, 2003): „Responsibilities of Freedom.“ Vortrag am International Institute for Strategic Studies in London, am 26. Juni 2003.
- RUDOLF, Peter (Opladen, 2003): „U.S. Leadership and the Reform of Western Security Institutions: NATO Enlargement and ESDP.“ In: Bernhard MAY und Michaela HÖNICKE MOORE (Hrsg.): The Uncertain Superpower – Domestic Dimensions of U.S. Foreign Policy after the Cold War.
- RUDOLF, Peter (Berlin, 2003): „Die „Strategie der Freiheit“ im Nahen und Mittleren Osten – Rhetorik und Realität amerikanischer Politik.“ In: SWP-Aktuell No. 53, Dezember 2003.
- RUGGIE, John Gerard (Cambridge, 1997): „The Past as Prologue? Interest, Identity and American Foreign Policy.“ In: Michael E. BROWN e.a. (Hrsg.): America's Strategic Choices.

- SCHNEIDERHAN, Wolfgang (Berlin, 2003): „Die Bundeswehr im sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts.“ Vortrag des Generalinspektors der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan im Rahmen des 14. Forums Bundeswehr & Gesellschaft, am 4. November 2003.
- SCHNECKENER, Ulrich (Berlin, 2003): „Irak und Terrorismus – Was verbindet „Schurkenstaaten“ mit Terroristen? “ In: SWP Aktuell No. 5, Februar 2003.
- SEIDELMANN, Reimund (Berlin, 2002): „Perspektiven und Optionen für die Kompetenz und Mittelverteilung zwischen NATO, EU und Mitgliedstaaten.“ In: Erich REITER, Reinardt RUMMEL, Peter SCHMIDT (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht.
- SKÖNS, Elisabeth und Hannes BAUMANN (Stockholm, 2003): „Arms Production.“ In: SIPRI Yearbook 2003.
- VLACHOS-DENGLER, Katia (Santa Monica, 2002): „From National Champions to European Heavyweights: The Development of European Defense Industrial Capabilities Across Market Segments.“
- WEIDENFELD, Werner (Wien, 2003): „Die transatlantische Nüchternheit.“ In: Erich REITER (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003.

Akronymenliste

ABM:	Anti-Ballistic Missile Treaty
ac:	aircraft - Flugzeug
amph:	amphibious – amphibisch
armd:	armoured - gepanzert
BAE:	British Aerospace
bn.:	Bataillon
BNP:	Bruttonationalprodukte
cbt:	combat - Kampf
CIMIC:	Civil-Military Cooperation
comd:	command – Kommando
coy:	company
EADS:	European Aeronautic Defense and Space Company
ECAP:	European Capabilities Action Plan
ESS:	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP:	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EURRF:	EU Rapid Reaction Force
F & E:	Forschung und Entwicklung
GASP:	Gemeinsam Aussen- und Sicherheitspolitik
hel.:	Helikopter
HQ:	Hauptquartier
inf.:	Infanterie
ISAF:	International Security Assistance Force
KFOR:	Kosovo Force
LOI:	Letter of Intent
lt.:	light
MCMV:	Mine Countermeasures Vessel
mech.:	mechanized / mechanisiert
NATO:	Northatlantic Treaty Organisation
NBC:	Nuclear-Biological-Chemical (ABC Abwehr)
NMD:	National Missile Defence Programme
NRF:	NATO Response Force
NSS:	National Security Strategy
OCCAR:	Organisation Conjoint de Cooperation en matiere d'Armement
PKO:	Peacekeeping Operations

recce: reconnaissance - Aufklärung
SFOR: Stabilisation Force
SHORAD: Short Range Air Defence
spt: support
sqn.: squadron - Staffel
SSN: Nuclear fueled Submarines – Atombetriebenes U-Boot
strat: strategisch
tac.: tactical - Taktisch
tpt.: transport
UNO/VN: United Nations Organisation/ Vereinte Nationen
WEU: Westeuropäische Union

ANHANG

Übersicht der Tabellen und Graphiken²⁴	Seite
Graphik 1: Skala möglicher Positionierungen einer US-amerikanischen Gesamtstrategie	8
Tabelle 1: Vergleich der Truppenstärke nach Staaten und Organisationen	13
Graphik 2: Vergleich der Truppen im Einsatz USA - EU	14
Graphik 3: Anteil der NATO an den globalen Verteidigungsausgaben	15
Graphik 4: Truppenstärke USA – EU – NATO	37
Graphik 5: Beiträge zu wichtigen internationalen Operationen	38
Graphik 6: Anteil der EU an der UNO Finanzierung	39
Tabelle 2: Ausgewählte Beiträge zum Helsinki Headline Goal	43
Tabelle 3: Thema Verteidigungsausgaben – Ausgehend von absoluten Zahlen	46
Graphik 7: Verteidigungsausgaben	47
Tabelle 4: Verteidigungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes 1985 – 2002	48
Tabelle 5: Mindestanforderungen für eine eigenständige europäische Interventionsfähigkeit	49
Graphik 8 und 9: Entwicklung der Verteidigungsausgaben und mögliche Auswirkung eines Konvergenzkriteriums	50
Tabelle 6: Vergleich der Verteidigungsausgaben pro Soldat und pro Einwohner	53
Tabelle 7 und Graphik 10: F&E	57

²⁴ Die Autoren bedanken sich bei Philip Primer, der sich für die Koordinierung, Umsetzung der Vorgaben und schliesslich die endgültige Realisierung der Graphiken dieses Beitrages eingesetzt hat.